Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

120 (26.5.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstraße 38, Ruf Nr. 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str 13—15, Ruf 3421/25—01, Karlsruhe, Amalienstraße 69 Ruf 4023, Pforzheim, Westl. 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 120 — Freitag, 26. Mai 1950 — Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Immer noch steigende Besatzungslasten

Neue Konkurrenzdemontage in der Anilin

Deutsche Sondereinheiten bei der RAF

Deutsche Jugend auf dem Weg nach Berlin

Tausende von jungen Deutschen aus Westdeutschland haben die Zonengrenze bereits überschritten

Frankfurt. (EB) „Schon hat die große Wanderung der deutschen Jugend nach Berlin begonnen", heißt es in einem Aufruf des zentralen Komitees für Vorbereitung des Deutschlandtreffens in Westdeutschland.

„Tag für Tag in dieser Woche haben Tausende von jungen Deutschen aus dem Westen unseres Vaterlandes die Zonengrenzen überschritten. Sie lassen sich nicht davon abhalten, daß ihnen die Interzonenpässe, auf die sie mit vollem Recht Anspruch erhoben, verweigert wurden.

Drohungen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, lügenhafte Gegenpropaganda, offener Verfassungsbruch, wie die Sprengung der Pressekonferenz des Vorbereitenden Komitees durch die Polizei in Bonn, haben nicht vermocht, die westdeutsche Jugend davon abzuhalten, sich dem Massenbekenntnis zum Frieden und zur Einheit Deutschlands Seite an Seite mit den Brüdern und Schwestern in der DDR anzuschließen.

Das beweisen die mehr als 10 000 Anmeldungen junger Deutscher von den Werkbänken und Schächten, vom Pflug und aus den Hörsälen der Universitäten, von jungen Menschen der verschiedensten Konfessionen und politischen Richtungen. Noch immer mehr wollen mit dabei sein. Diese Tatsachen kennzeichnen die Vorbereitungen zum Deutschlandtreffen im Westen unserer Heimat als einen großen Erfolg. Der von den Spaltern Deutschlands, von anglo-amerikanischen Kriegshetzern und ihren deutschen Helfern in den Köpfen der Jugend errichtete eiserne Vorhang ist durchbrochen. Der Wille zum Frieden und zu einem geeinten demokratischen Vaterland ist unwiderstehlich.

Wir grüßen die friedliebende und freiheitsliebende Jugend aus ganz Deutschland in Berlin!! Wir grüßen die Delegierten zum Kongreß junger Friedenskämpfer aus allen deutschen Landen und Aktivisten aus den volkseigenen Betrieben der DDR, die lernende und schaffende Jugend, die mutigen jungen Kämpfer für den Frieden, die bei der Unterschriftensammlung für die Aechtung der Atombombe in erster Reihe stehen! Wir grüßen die Vertreter der für den Frieden kämpfenden Jugend in aller Welt, die Delegationen aus 40 Ländern, mit denen zusammen wir frohe Tage verleben und ein unzerreißbares Band der Freundschaft knüpfen werden.

Vorwärts im Kampf für die Verteidigung des Friedens! Es lebe der Kongreß der jungen Friedenskämpfer!! Es lebe der Weltbund der Demokratischen Jugend! Es lebe die DDR! Es lebe der Kampf für ein einheitliches friedliebendes demokratisches Deutschland!"

Weitere 1024 Jugendliche aus Westdeutschland eingetroffen

Berlin. (EB) Weitere 1024 Jungen und Mädel aus Westdeutschland überschritten am Dienstag und in der Nacht zum Mittwoch die Zonengrenze.

Einer Gruppe von 30 Mitgliedern der FDJ aus der amerikanischen Besatzungszone in Westdeutschland wurde der Zonenübergang bei Meiningen von amerikanischer Militärpolizei verboten. Auch bei Gerstungen wurden Jugendliche zurückgewiesen. Sämtlichen Jugendlichen gelang es jedoch, nach mehrmaligem Versuch die Zonengrenze heimlich zu passieren.

„Bestandteil eines umfassenden Programms"

„Prawda" über den Schuman-Plan zur Schaffung eines französisch-westdeutschen Mammut-Kartells

Berlin. (EB) „Der Plan des französischen Außenministers Schuman zum Zusammenschluß der westdeutschen und französischen Schwerindustrie sei Bestandteil eines umfassenden Programms. Der Amerikaner treibe Kriegshetze, die sich nicht nur gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien, sondern auch gegen das deutsche und französische Volk richtet", heißt in einem Artikel von „Prawda". Die Verwirklichung dieses Planes würde zu einem weiteren Anwachsen der Erwerbslosigkeit und zu einer weiteren Senkung des Lebensstandards der Werktätigen in Westdeutschland und Frankreich führen.

Das Friedenstreffen der Jugend eröffnet

Regierung der DDR erklärt: Niemanden wird in Berlin etwas passieren

Berlin. (EB) Das Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin nahm mit der feierlichen Eröffnung des Pionierlagers in der Wuhlheide seinen Anfang. Seit Mitte der Woche wird das Straßenbild Berlins von der Jugend in ihren schmucken blauen Hemden, beherrscht. Auch der gesamte Verkehr auf den Eisenbahnstrecken der Deutschen Demokratischen Republik steht im Zeichen des Pfingsttreffens. Dank des vorbildlichen Einsatzes des Reichsbahnpersonal verläuft der Verkehr trotz der Hunderten von Sonderzügen überall reibungslos und fahrplanmäßig.

Wilhelm Pieck begrüßt junge Pioniere

Der Präsident der Deutschen Republik, Wilhelm Pieck, richtete anläßlich der Eröffnung des Pionierlagers an die jugendlichen Friedenskämpfer eine Ansprache, in der er ausführte: „Es gibt in Amerika, England und Frankreich, aber auch in Westdeutschland Leute, die an jeder Bombe, die Eure Wohnungen und Schulen, Eure Turnhallen und Spielplätze zerstörten, sehr viel Geld verdienen. Jede Träne eines Kindes war für sie in den Jahren des Krieges blanker Gewinn. Sie wollen einen neuen Krieg. Sie hetzen zum Krieg gegen die Sowjetunion, die an der Spitze des Großen Lagers des Friedens stehen. Diese Leute hetzen auch gegen Euch, aber sie haben sich geirrt. Es ist ihnen nicht gelungen, Euch und Eure Eltern einzuschüchtern. Was ein richtiger Junger Pionier ist, der ist auch ein Held des Kampfes für den Frieden."

Regierung der DDR zum Treffen der Jugend

Berlin. (EB.) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat eine von Ministerpräsident Otto Grotewohl unterzeichnete Erklärung zum Deutschlandtreffen in Berlin abgegeben. Darin heißt es: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fühlt sich mit den jungen Friedenskämpfern auf das Engste verbunden. Die Eltern, der auf dem Wege nach Berlin befindlichen deutschen Jugend können unbesorgt sein. Niemanden wird in Berlin etwas passieren. Die DDR sorgt dafür, daß allen Teilnehmern am Deutschlandtreffen eine fürsorgliche Betreuung gesichert ist. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nimmt alle Teilnehmer an den Veranstaltungen des Deutschlandtreffens in ihre Obhut.

Unser Ziel ist, der planmäßige Aufbau eines einheitlichen demokratischen und friedliebenden Deutschlands. Die Welt soll hören und sehen, daß die deutsche Jugend keine Gefahr für andere Völker darstellt, sondern daß diese Jugend bereit ist, zur Arbeit und Erhaltung des Friedens.

Jlja Ehrenburg in Berlin

Berlin. Der bekannte sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg traf mit der sowjetischen Delegation zur Teilnahme am Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin ein.

USA-Soldaten zeichnen für den Frieden

Miesau-Pfalz. Eine Anzahl farbige amerikanische Soldaten, von dem bei Miesau im Kreise Kusel neuangelegten Flugplatz, die von der Unterschriftensammlung für den Frieden erfahren haben, zeichneten sich freiwillig in die Friedenslisten ein und kauften Friedenstauben. Den Unterschriftensammlern drückten sie aus, daß sie kein Interesse hätten für den weißen Herrn der Wallstreet zu sterben und gleich wie die deutsche Bevölkerung lieber in Frieden und Freiheit leben möchten.

100 Todesopfer in La Paz

Blutbad unter den streikenden Arbeitern

La Paz. Nahezu 100 streikende Arbeiter sind in La Paz von Regierungstruppen im Verlauf der letzten Tage erschossen worden, wie aus unterrichteten Kreisen verlautet. Die Regierung hatte am letzten Wochenende nur 29 Tote zugegeben. In der bolivianischen Hauptstadt sind bisher mehr als 400 Werktätige, die sich an dem Streik beteiligten, verhaftet worden. Die bolivianische Regierung verrechnet sich jedoch, wenn sie glaubt, mit solchen Mitteln die soziale Frage lösen zu können.

„Eine etwas enttäuschende Gerichtsverhandlung"

„Die Welt" hätte gern einen deutschen Krawtschenko-Prozeß gehabt

Frankfurt. (EB) Die zu gestern morgen angesetzte Verhandlung vor dem Amtsgericht Frankfurt-Höchst gegen die Zeitung „Informationen der KPD", die Vorgängerin der „Sozialistischen Volks-Zeitung" in Frankfurt a. M. wurde vertagt, nachdem der Verteidiger, dem hessischen Landtagsabgeordneten Emil Carlebach, als den Verantwortlichen bezeichnete, und Emil Carlebach vor Gericht selbst die Angriffe gegen die angeblich beleidigte Frau Faust alias Buber-Neumann wiederholt hatte.

Frau Faust wird bezichtigt, Agentin und Mitglied der 5. Kolonne gegen die Sowjetunion gewesen zu sein. Emil Carlebach verzichtete durch seine Erklärung auf die Amnestie, die dem ursprünglich angeklagten Geschäftsführer, Eichelsdörfer, zugute gekommen wäre. Der Anwalt der Frau Faust, Dr. Klepper, gegenwärtig führender Mann in der „Unternehmerorganisation der wirtschaftspolitischen Gesellschaft 1947", ehemaliger preußischer Finanzminister, hatte Görings Gestapo-Chef Diehls und den Gestapobeamten Geißler als Zeugen genannt. Frau Faust hatte sich schon eine Leumundszeugin mitgebracht, die das Verhalten der Faschistin Faust im KZ Ravensburg verteidigen sollte, obwohl dahin führende Vorwürfe noch gar nicht gegen sie erhoben worden sind.

Die zahlreich erschienenen Vertreter der Westpresse (der USA-Sender RIAS Berlin war sogar mit einem Funkwagen erschienen) waren enttäuscht über den Verlauf der Gerichtsverhandlung. Das ist erklärlich, wenn man weiß, daß die „Welt" z. B. gerne einen deutschen Krawtschenko-Prozeß gehabt hätte, allerdings ohne das für den Verräter an seiner sowjetischen Heimat so katastrophale Ende vor der Berufungskammer in Paris.

Immer noch steigende Besatzungslasten

Zehn Prozent müssen nach wie vor die wichtiger Einkommenquellen beraubte Länder tragen

Mannheim. (EB). Trotzdem die westlichen Besatzungsmächte und die ihre Politik betreibenden „deutschen" Politiker in letzter Zeit wiederholt verkündet hatten, daß sich die Besatzungskosten senken würden, steht es jetzt fest, daß die westdeutsche Bevölkerung in diesem Jahr noch höhere Lasten für die Besatzungstruppen aufzubringen hat als 1949. Aus einem Bericht über die Finanzlage von Württemberg-Baden geht hervor, daß nicht nur die für 1949 veranschlagte Summe von 345 Mill. DM für Besatzungslasten tatsächlich um 20 Mill. DM überschritten wurde, sondern, daß der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1950 schon eine Erhöhung um 30 Mill. DM gegenüber 1949 vorsieht.

Diesen Bericht gab der württembergisch-badische Finanzminister, Dr. Kauffmann, vor dem Landtag ab.

Obwohl die Bezahlung der Besatzungslasten seit 1. April dieses Jahres Sache der Bonner Regierung sein soll an die die Länder ja auch entsprechende Einkommensquellen abtreten mußten, muß das Land 10 Prozent dieser Kosten — für das laufende Jahr sind 37,5 Mill. DM veranschlagt — weiterhin selbst tragen.

Das badische Finanzministerium in Freiburg bereitet eine Stellungnahme zu dem rund vier Milliarden DM umfassenden Besatzungskostenvoranschlag der Hohen Kommissare vor. Aus der Stellungnahme geht hervor, da für das französische Besatzungsgebiet die Besatzungskosten von rund 600 Millionen auf 790 Mill. DM erhöht worden sind. Zu dieser Summe seien noch 68 Mill. DM Restausgaben hinzuzurechnen, so daß die drei Länder der französischen Zone jährlich 858 Mill DM Besatzungskosten aufbringen müßten. In dieser Steigerung der Besatzungskosten widerspiegeln sich die wachsenden Rüstungen und Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland.

Bis jetzt 77 Tote in Gelsenkirchen

Gelsenkirchen. Die Zahl der Toten des Bergwerkunglücks auf der Zeche Dahlbusch hat sich bisher auf 77 erhöht. Von den übrigen Schwerverletzten befinden sich nur drei außer Lebensgefahr. Der Zustand der anderen acht ist nach dem Urteil der Aerzte noch als sehr ernst anzusehen.

Frankreichs Gewerkschaftsbund solidarisch mit Dahlbusch

An die Bergarbeitergewerkschaft in Gelsenkirchen, Abt. Untertage-Arbeiter

„Der französische Allgemeine Gewerkschaftsbund (CGT) verneigt sich vor Opfern furchtbarer Bergwerkskatastrophe Gelsenkirchen. Spricht Beileid Familien und schwergeprüften Ruhrbergleuten aus sowie Wünsche für rasche Genesung der Verwundeten. Diese neuen Opfer der kapitalistischen Ausbeuter und Kriegstreiber fordern Verstärkung internationaler Solidarität der Bergarbeiter zur Verteidigung der Sicherheit bei der Arbeit und Frieden.

gez.: Duguet."

Bergbaubetriebe der DDR flaggen auf Halbmast

Berlin. Am gestrigen Donnerstag hatten anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für die Opfer der kolonialen Ausbeutungspolitik in Gelsenkirchen alle Bergbaubetriebe in der DDR auf Halbmast geflaggt.

Trauer und Empörung im Kohlenrevier

Die Katastrophe auf „Dahlbusch" hat unter den Bergleuten des Reviers Trauer und Empörung ausgelöst. Von allen Seiten gehen dem Betriebsrat der Zeche „Dahlbusch" Telegramme zu, in denen das tiefempfundene Mitgefühl der Bergleute zum Ausdruck gebracht wird, Hilfsaktionen angekündigt werden und zum verstärkten Kampf der Bergarbeiter um die Ueberführung der Schachtanlagen in Volkseigentum aufgerufen wird.

Im Streiflicht gesehen

Unwetterkatastrophe über Mitteldeutschland

Hamburg. (dpa) Mitteldeutschland wurde in der Nacht zum Mittwoch von einer schweren Unwetterkatastrophe heimgesucht, die bisher acht Todesopfer forderte. Besonders betroffen wurden Thüringen, der Spessart und das Südharzgebiet Northeim, Osterode und Herzberg.

In Thüringen gingen ein Wolkenbruch und ein Hagelschlag nieder, wie ihn die ältesten Einwohner noch nicht erlebt haben. Ueberschwemmte Bäche rissen in den Dörfern Brücken weg und zerstörten Häuser. In den betroffenen Gebieten wurde der Bestand an Groß- und Kleinvieh z. T. vernichtet. Der Flurschaden beträgt bis zu 95 Proz. Bis in die frühen Morgenstunden schaufelten Volkspolizisten und Feuerwehrleute Eis aus den Häusern.

Taubeneigroße Hagelkörner

In Südhannover schlugen taubeneigroße Hagelkörner das Getreide auf den Feldern nieder. Von den Hängen schossen reißende Ströme herab. Sie rissen die Felder auf, zerbrachen die Straßenbefestigungen und sprengten Scheunentüren. Die Saat wurde bis zu 80 Prozent vernichtet. Auch der Obstbestand ist stark mitgenommen und in der Leinegegend bis zu 70 Prozent vernichtet worden.

Flugzeugkatastrophe in Kolumbien

Cali (Kolumbien). (dpa) Ein zweimotoriges Flugzeug stürzte am Mittwoch mit 27 Personen an Bord im Bergland von Ipiales an der Grenze zwischen Kolumbien und Equador ab. Es wird damit gerechnet, daß sämtliche Insassen ums Leben gekommen sind.

Eisenbahnunglück bei Jülich

Aachen. (dpa) Auf der Strecke Jülich—Düren entgleisten am Donnerstag zwei Wagen eines Werktstattzuges, wobei 15 Arbeiter leicht und 3 schwer verletzt wurden. Die Verletzten, von denen einer in Lebensgefahr schwebt, trugen meist Knochenbrüche davon. Das Unglück ist auf einen Schienenbruch zurückzuführen, der vermutlich durch einen Splitterschaden aus der Kriegszeit entstanden ist.

Gegen Kriegsgefahr hilft kein Beruhigungspulver

In den Jahren, die der Auslieferung der Macht in Deutschland an Hitler folgten, gab es Persönlichkeiten, die in dem Rüstungstaumel, in den Hitler, der Beauftragte der deutschen Imperialisten, die Welt geschleudert hatte, nicht den klaren Blick für die Dinge verloren, und die seine vernichtende Niederlage in einem Kriege, wenn er ihn beginnen würde, klar voraussahen. Sie waren der Meinung, auch Hitler selbst müßte das sehen, und er würde also den Krieg nicht beginnen. Am 1. September 1939 stand die Welt in Flammen. Hitler hatte sie angesteckt.

Heute erleben wir einen Rüstungswettlauf auf viel höherer Stufenleiter. In ihrem Mittelpunkt stehen die USA mit ihrer Industrie und ihren Rohstoffquellen, die unvergleichlich stärker sind als die des Dritten Reiches es jemals waren. Auch in den USA gilt, wie ehedem in Hitlerdeutschland, das Wort „Kanonen sind wichtiger als Butter", und eine der Größen der amerikanischen Politik, Bernhard Baruch, hat vor ein paar Tagen erst, als er gefragt wurde, ob denn Sicherungen in das Aufrüstungsprogramm eingebaut werden könnten dafür, daß die sozialen Freiheiten erhalten bleiben, gesagt, er denke, dies könne am besten erreicht werden, wenn ein Krieg gewonnen sei. Inzwischen ist die Staatsschuld der USA auf 263 Milliarden Dollar angestiegen, eine phantastisch hohe Summe.

In dieser Situation hat der Präsident der USA, Truman, der den Befehl gab, die Wasserstoffbomben, das heißt die Atom-Superbombe, die Atombombe mit tausendfacher Wirkungskraft, zu konstruieren, sich erneut zu diesem Massenvernichtungsmittel bekannt. Es war in Pocatello im Staate Idaho der USA. Er würde, das war der Inhalt seiner Worte, wieder den Befehl dazu geben Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abzuwerfen, wenn er in einer ähnlichen Lage wäre. Damals wurden im Bruchteil einer Sekunde 150 000 Menschen getötet. Die Kriegsentscheidung gegen Japan aber war schon gefallen durch die Kraft der Sowjetunion auf dem ostasiatischen Kontinent.

Zur Vorbereitung eines Krieges gehört, daß die Völker, die ihn führen sollen, in eine Psychose, in die Kriegspsychose versetzt werden. Daß dies geschieht, davon sind wir seit langem Zeuge. Wie jede Krankheit im Körper Gegenkräfte erzeugt, die den Krankheitserreger wirkungslos machen und aus dem Körper ausscheiden, wodurch der Kranke zur Genesung gelangt, so hat die Hetze zum Kriege den Willen in den Völkern zum Frieden erzeugt und ihn mächtig sich entwickeln lassen. Die Empörung der Massen richtet sich gegen die Drohung mit der Atombombe vor allem. Die Flut schwillt an von Willenserklärungen, die auf die Aechtung der Atombombe gerichtet sind und die Bestrafung der Regierung, die sie als erste anwendet, als Kriegsverbrecher fordern. Dies ganz im Sinne der Stockholmer Beschlüsse.

Nach Millionen zählen die Unterschriften in allen Ländern, in denen die Aktion der Aechtung der Atombombe eingeleitet ist. Jetzt werden Stimmen laut, die ablenken möchten. Zu ihnen gehört der Verfasser eines Artikels, der kürzlich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erschienen ist und in der uns der Verfasser, der Ueberschrift entsprechend, seine Meinung darüber sagt. „Warum es nicht zum Gaskrieg kam". Hier interessiert der letzte Absatz des Artikels:

„Und die Atombombe? Auch sie ist in der Hand aller großen Mächte. Während aber früher die Rüstungsfabrikanten sich selber nicht dorthin zu begeben pflegten, wo wirklich geschossen wurde, ist vor den Atomwaffen keiner mehr sicher. Gerade darum wird es vielleicht wie bei den chemischen Kampfstoffen. Was der andere auch hat, faßt keiner gern an.

Und ganz klein und unscheinbar hat der Verfasser das Wörtchen vielleicht eingefügt in den Satz mit der Voraussage, daß es mit der Atombombe ebenso werden würde wie mit den chemischen Kampfstoffen im vergangenen Krieg. Gewiß, am 7. November 1948 gab Molotow bekannt, daß es für die Sowjetunion kein Geheimnis der Atombombe gibt, und inzwischen hat die Welt erfahren, welch großen Zwecken, der friedlichen Umgestaltung der Natur, der Verwandlung von Wüsteneien in fruchtbares Land, die Sowjetunion die Atomkraft nutzbar macht. Die Entschlossenheit zur Verteidigung des Friedens ist es, die denen, die den Krieg vorbereiten, die die Wirtschaft ihres Landes der Rüstung zum Krieg vollkommen unterordnen, die vor aller Welt

(Fortsetzung auf Seite 2)

Lie für Beendigung des „Kalten Krieges"

UN-Generalsekretär berichtet vom Friedenswillen aller Bevölkerungsschichten

Berlin. (EB.) „Bin mit dem Verlauf meiner Besprechungen in Moskau, Paris und London nicht unzufrieden und kehre in das UN-Hauptquartier mit der Ueberzeugung zurück, daß die Möglichkeit für die Aufnahme von Konstruktionsverhandlungen zur Beendigung des „Kalten Krieges" besteht." Diese Erklärung gab der Generalsekretär der UN Trygve Lie in London, vor seiner Abreise nach New York, ab. „Ich will Europa nicht verlassen", sagte Lie, „ohne alle denen zu danken, die meine Bemühungen unterstützt haben." Niemals zuvor habe ich soviele Briefe und Telegramme und gute Wünsche von bekannten und unbekannten Menschen aus allen Bevölkerungskreisen erhalten, wie während meiner Besuche in Moskau, Paris und London. Ich kann allen versichern, daß ich meine Bemühungen mit dem Ziel fortsetzen werde, die durch den „kalten Krieg" hervorgerufene Spannung zu beseitigen, um endlich eine Beendigung des „Kalten Krieges" herbeizuführen." Politische Beobachter in der Britischen Hauptstadt sehen in der Erklärung des UN-General-Sekretärs eine eindeutige Antwort auf die von gewissen Kreisen in den USA entfesselte Kampagne gegen Lie's Bemühungen, die bestehende Spannung auf friedlichem Wege beizulegen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Forderungen im Interesse der deutschen Nation

Aktionsprogramm gegen Demontage und Produktionsverbote, für ungehinderte Entwicklung einer deutschen Friedenswirtschaft

Hannover. Auf der zentralen Konferenz gegen die Demontagen und Produktionsverbote und -behinderungen am 21. Mai 1950 in Hannover wurde das folgende Aktionsprogramm beschlossen:

Die schwierige wirtschaftliche Lage Westdeutschlands ist das Ergebnis der unheilvollen Spaltung unseres Vaterlandes, der rücksichtslos durchgeführten Konkurrenz-Demontagen in den Friedensindustrien, der Produktionsverbote und -beschränkungen und der Behinderung des gesamten Handels.

In Anwendung der alliierten Vereinbarungen von Teheran und Jalta wurde im Potsdamer Abkommen der drei Großmächte, USA, England und Sowjetunion im August 1945 Ziel, Umfang und Zeitdauer der Demontagen festgelegt. Die Demontagen mußten nach diesem Abkommen im Februar 1948 abgeschlossen sein.

Jede Demontage nach diesem Zeitpunkt ist völkerrechtswidrig!

Unter Bruch der in Potsdam gemeinsam eingegangenen Verpflichtungen werden die Demontagen in den Friedensindustrien Westdeutschlands auch heute noch in verstärktem Maße fortgesetzt. Die Demontagen finden ihren sichtbarsten Ausdruck in der Vernichtung der ehemaligen Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter. Das Ziel dieser Demontagen ist offensichtlich die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz vom Weltmarkt und soll zum Verlust der wirtschaftlichen Unabhängigkeit führen. Es ist weiterhin erkennbar, daß die Demontagen von strategischen Gesichtspunkten geleitet werden. So werden die Produktionsanlagen in Watenstedt-Salzgitter u. a. darum vernichtet, weil sich diese Werke in der „toten Zone" des militärischen Aufmarschplanes der Atlantikpakt-Staaten befinden.

Zur Erhaltung der deutschen Friedenswirtschaft und zur Sicherung der Existenzgrundlage des deutschen Volkes ist notwendig:

1. Abwehr und Verhinderung aller Demontagen der Friedensindustrie, Schiffahrt und Forstwirtschaft.

2. Abschaffung und Aufhebung aller verhängten Produktionsbeschränkungen wie z. B. der Stahlerzeugung, des Schiffsbaus und der Seeschiffahrt, der Kugellagerindustrie, der Stickstofferzeugung, des Maschinen- und Werkzeugbaues usw.

3. Abschaffung und Aufhebung aller Produktionsverbote für synthetischen Treibstoff, nach dem Fischer-Tropsch- und Bergiusverfahren, Buna, Aluminium usw.

4. Abschaffung der internationalen Ruhrbehörde und des Besatzungsstatuts.

5. Verhinderung jeder weiteren Bindung und Kontrolle der westdeutschen Schwerindustrie durch Verwirklichung des von Außenminister Schuman vorgeschlagenen Rüstungs- und Kriegskartells auf der Grundlage der Ruhrkohle und der lothringischen Minette.

6. Aufhebung aller Beschränkungen und aller den Warenaustausch behindernden Maßnahmen im innerdeutschen Handel (z. B. Stahlembargo, Negativlisten, ungehinderte Entfaltung der Textilindustrie usw.).

7. Aufhebung aller Beschränkungen im Außenhandel. Freier Abschluß von Handelsverträgen, Aufhebung aller Exportverbote, Abschaffung der Sperrlisten und der Dollarklausel, Aufhebung der Zwangsexporte von Kohle und Schrott zu Schleuderpreisen, Verhinderung jeder weiteren Exportpreissenkung für deutsche Kohle, Abwehr aller angedrohten Preiserhöhungen für Kohle auf dem Inlandsmarkt, um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen weiterverarbeitenden Industrie, insbesondere der Stahlindustrie, zu erhalten, Freiheit des Handels mit den Ländern des Ostens, Südostens und des Fernen Ostens.

8. Kampf gegen den immer stärkeren Abbau der Kultur, gegen den Import niveauloser, unsere Jugend gefährdender Filme, gegen die Verelendung der beschäftigungslosen Künstler und Wissenschaftler.

9. Kampf um die souveränen demokratischen Rechte des deutschen Volkes auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet, Presse- und Meinungsfreiheit.

Deutsches Recht für Deutsche.

Immunität deutscher Abgeordneter vor allen Gerichten.

Nur der Zusammenschluß aller aufrechten Deutschen, gleich welcher Weltanschauung und politischen Richtung ist imstande, diese Forderungen im Interesse der deutschen Nation durchzusetzen.

Zur Anleitung und Führung des Existenzkampfes des deutschen Volkes ist es notwendig, in allen Betrieben, die z. Zt. der Demontage unterliegen, deren Produktion beschränkt oder verboten ist oder die durch Handelsbehinderungen betroffen sind, Komitees zu bilden. Darüber hinaus sind in allen Gemeinden, Städten und Kreisen, die von den Auswirkungen dieser Maßnahmen der Besatzungsmächte betroffen sind, lokale Komitees zu schaffen. Die Zusammenfassung dieser Komitees in Länderkomitees und die Vereinigung derselben in einem starken zentralen Komitee für Westdeutschland, schafft die organisatorischen Voraussetzungen für den erfolgreichen nationalen Kampf gegen die Demontage, Produktionsbehinderungen und -verbote.

Aufgabe dieses Komitees wird sein:

1. Die Aufklärung der westdeutschen Bevölkerung über: Die Konkurrenzdemontagen zur Vernichtung der Friedensindustrie, die vorgesehene Verschmelzung der westdeutschen Schwerindustrie mit der Kriegsindustrie der Atlantikpakt-Staaten, die Auswirkung der Produktions- und Handelsbehinderungen auf die deutsche Wirtschaft und den Lebensstandard des deutschen Volkes.

2. Wirksame Kampfmaßnahmen einzuleiten mit dem Ziel, eine freie, unabhängige Friedenswirtschaft für ganz Deutschland zu erhalten und weiterzuentwickeln.

3. Die Verteidigung und Betreuung aller deutschen Menschen, die im Kampf um die Erhaltung und Förderung einer ungehinderten deutschen Friedenswirtschaft vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden.

4. Die erforderlichen Kampfmaßnahmen entsprechend der besonderen Lage der betroffenen Betriebe, Gemeinden, Kreise und Länder einzuleiten.

Auf der Grundlage dieses Aktionsprogramms wird das deutsche Volk den nationalen Kampf führen

zur Sicherung des Friedens,

gegen jede Wiederaufrüstung,

für die Entfaltung einer ungehinderten Friedenswirtschaft,

um die Erhaltung der Arbeitsplätze,

für die Freiheit des Handels,

zur Erhöhung des Lebensstandards des deutschen Volkes,

zur Wahrung seiner demokratischen Rechte in einem friedliebenden, einheitlichen, demokratischen Deutschland.

Hannover (Bödekerstr. 59 I), 21. Mai 1950
Zentrales Anti-Demontage-Komitee
Karl Hartmann MdL, Vorsitzender

(Fortsetzung von Seite 1)

sich zum Gebrauch der Atombombe bekennen, in Schach hält und ihnen Respekt einflößt. Deshalb gerade darf man sich nicht auf ein Vielleicht verlassen, vor allen Dingen, wenn man dabei an die erwähnte falsche Voraussage von Menschen guten Willens denkt, daß Hitler den Krieg nicht beginnen würde, weil seine Niederlage und sein Untergang sicher waren. Deshalb gerade muß man den Abwehrwillen wecken und verstärken. Noch haben die Kämpfer für den Frieden, besonders bei uns in Westdeutschland, viele Milionen mobil zu machen, daß sie die Atombombe ächten mit ihrer Namensunterschrift, und daß sie ihre Entschlossenheit bekunden, die Regierung, die die Atombombe als erste gebraucht, als Kriegsverbrecher zu behandeln. Je stärker dergestalt der Wille zum Frieden sich äußert, desto leichter wird es ihm fallen, die Krankheitskeime im Leben der Völker mitsamt ihren Urhebern, den Atombomben- und anderen Rüstungsfabrikanten, mitsamt den Kriegsbrandstiftern unwirksam zu machen und auszuscheiden, und damit den Frieden zu retten.

I. H.

Deutsche Sondereinheiten bei der RAF

Im Dienstanzug mit militärischem Gruß / „Widerstand" muß niedergeknüppelt werden

Maßnahmen gegen „verdächtige" Personen

Mannheim. (EB) Nachdem wir gestern erst darüber berichten konnten, daß bei den englischen Panzerschlachten in der Lüneburger Heide deutsche Söldner in englische Uniformen gepreßt an den Verwüstungen des Acker- und Weidelandes teilnehmen, erreicht uns heute die Nachricht, daß auch die englische Luftwaffe bei der Ausbildung von Sondereinheiten auf Deutsche zurückgreifen. Sinn und Zweck dieser Ausbildung ist die Schaffung perfekten Polizeipersonals, das einen weitgehenden Teil der Tätigkeit der britischen Militärpolizei übernehmen soll.

An einem solchen Lehrgang — der 43. dieser Art —, der 26 Mann umfaßte, nahm auch der 25jährige L., wohnhaft in der Nähe von Bielefeld, teil. Wie die „Neue Volks-Zeitung" berichtet, hat L. mitgeteilt, bei der Anwerbung sei ihm gesagt worden, es handele sich um eine „ganz zivile" Angelegenheit. Erst nach Ende des Lehrganges habe er erkannt, für wessen Interessen er die Uniform anziehen sollte. Deshalb hätte er es vorgezogen, wieder ins Zivilleben zurückzukehren.

Die ganze Organisation laufe unter dem Namen Security Guards (S. G.) — zu deutsch „Sicherheitspolizei" — und unterstünde den britischen Militärdienststellen.

Die Aufzeichnungen zweier Notizhefte, die L. zum Teil mit dem Diktat der Lehrkräfte in Bückeburg angefüllt hat, lassen die letzten Zweifel über den Charakter dieser Sicherheitspolizei schwinden. So heißt es u. a. wörtlich:

„Zum Dienstanzug gehören Dienstmütze, Dienstbluse, Diensthose, Schuhe mit Gamaschen, Koppel, Polizei-Taschentuch mit Füllfederhalter oder Kopierstift, ein Polizeiausweis, eine Polizei-Armbinde, eine Signalpfeife, ein Polizeiknüppel . . ."

An einer anderen Stelle werden die Grußvorschriften behandelt. Danach ist allen gehobeneren britischen Dienstgraden, sowie verschiedenen Symbolen die Ehrenbezeugungen zu erweisen. Eine ganze Reihe weiterer Dienstordnungs- und Rechtsvorschriften entsprechen denen anderer militärischer Organisationen.

Eindeutige Aufgaben

Besonders aufschlußreich aber sind die Notizen an den Stellen, wo es über die Aufgaben und den Zweck der S. G. heißt:

„Unter Sicherheitsmaßnahmen ist die Abwehr von Störungen lebenswichtiger Horst- und Lagereinrichtungen, wie Telefon, Stromversorgung usw. zu verstehen. Sie umschließen ferner alle Maßnahmen, durch die vermieden wird, daß Informationen an fremde Personen gelangen. Auf Personen, die sich verdächtig machen, d. h. fotografieren, Zeichnungen oder Karten anfertigen, usw., ist besonders zu achten."

Weiter gibt es bei den S. G. „Wachhabende", einen „Offizier vom Dienst", „Arrestlokale", „Wachbücher" und andere Erscheinungen mehr, die in dem Dienstreglement der ehemaligen Hitler-Wehrmacht ebenfalls zu finden waren.

Am Ende der Aufzeichnung ist dann noch von der Möglichkeit einer „Gewaltanwendung" die Rede:

„Jeder S. G. ist nicht nur berechtigt, sondern meistens verpflichtet, innerhalb seines Aufgabenbereiches in die persönliche Freiheit des Einzelnen einzugreifen. Es kann vorkommen, daß ihm Widerstand entgegengesetzt wird. In solchen Fällen hat er zu entscheiden, zu welchem Mittel er greifen muß, um den Widerstand zu brechen."

Notfalls, so ist weiter zu lesen, könne sich der S. G. des Knüppels bedienen, und auch eine Aufzählung verschiedener Arten von Polizeigriffen fehlt nicht.

Gebt den Kriegstreibern die Antwort!

So sieht also die Entmilitarisierung Deutschlands, zu der sich auch die britische Regierung im Potsdamer Abkommen verpflichtete, in der Praxis aus. Die deutsche Jugend — dafür bietet unser Gewährsmann ein Beispiel — lehnt jedoch einen neuen Kommiß ab.

Neue Konkurrenzdemontage in der Anilin

Die Buna-Anlage wird demontiert und fortgeschafft

Ludwigshafen (EB). Seit über einer Woche hat in der Anilin in Ludwigshafen eine verstärkte Demontage eingesetzt. Entgegen allen trügerischen Versprechungen, die durch die Bonner Separatregierung und die Landesregierung von Rheinland-Pfalz gegeben wurden, werden in den Bauten 166, 167 und 195 die dort vorhandenen Buna-Anlagen restlos abgebaut. Mit der Demontage sind rund 100 Arbeiter beschäftigt. Die Demontagearbeiten werden durch die Firma Seidenagel und Siegels (beide in Oppau) und die Eisenwerke Kaiserslautern ausgeführt.

Die neue Konkurrenzdemontage hat die restlose Beseitigung der Buna-Fabrikationsanlagen zur Folge. Im Bau 166 wird der Ofenbau, im Bau 167 die Destillationsanlage und im Bau 195 die Buna-Aufarbeitung zerstört. Bereits am Mittwoch ist der erste Transport mit fünf Oefen mit unbekanntem Ziel abgegangen. Wie es heißt, sollen die demontierten Teile dem USA-Agenten Tito zur Verfügung gestellt sein.

Die in größter Eile durchgeführte Konkurrenzdemontage geht fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich. Selbst der Betriebsrat hat bisher zu der Zerschlagung der Arbeitsplätze der Aniliner nicht Stellung genommen. Stattdessen wird sogar die Auffasung unter den Anilin-Werktätigen verbreitet, als würden die zerstörten Anlagen durch neue und verbesserte Maschinen wieder ersetzt werden.

Aktiver Kampf gegen den Krieg

Der aktive Kampf um den Frieden erfaßt in Frankreich immer breitere Schichten der Bevölkerung. In Saint Brienc gelang es Hunderten von Friedenskämpfern, einen Zug mit Kriegsmaterial eineinhalb Stunden aufzuhalten. Während sich Frauen vor die Lokomotive stellten, wurden die Waggons auseinandergespannt. Einen Tag später gelang es, ebenfalls einer größeren Zahl aktiver Friedenskämpfer, am hellen Tage auf den Bahnanlagen mitten in der Stadt Nantes einen Munitionszug zum Stehen zu bringen und unter dem Gesang der Marseillaise eine 8,5 Tonnen schwere Kanone auf das Geleise zu werfen. Bewaffnete Militärpolizei, die den Zug begleitete, vermochten diese Aktion nicht aufzuhalten.

Die Zustimmung zu den Stockholmer Beschlüssen greift in Frankreich immer mehr um sich. Besonders beachtlich ist ein im Sinne dieser Beschlüsse liegender Aufruf, der von 45 führenden katholischen Persönlichkeiten unterzeichnet ist. Der Chefredakteur der katholischen Zeitung „La Croix" beschuldigte Präsident Truman, daß sein jüngster Rechtfertigungsversuch des Atomkrieges „der natürlichen und christlichen Moral widerspricht". Diese Bewegung, die sich bei den Katholiken Frankreichs immer mehr ausbreitet, zwang das offizielle Regierungsblatt „Le Monde" nachträglich dazu, den Appell von Stockholm im Wortlaut abzudrucken, obwohl es ihn zuerst totschweigen wollte.

Französische Priester unterzeichnen

Paris. (EB) In Paris und in der Provinz unterzeichneten zahlreiche Prieser und Pfarrer den Aufruf von Stockholm.

H. Gouyonnaud, Pastor von Negrepelisse (Tarn et Garonne), erklärte:

„Gott sagte: Du darfst nicht töten. Und um ein neues Morden zu verhindern, unterzeichne ich."

Osthandel lebenswichtig für Westdeutschland

Hamburg. (EB) Die „Gesellschaft für den Osthandel" (Gefo) wurde in Hamburg in einer Versammlung gegründet, in der etwa 100 bekannte Hamburger Kaufleute sich über die Möglichkeiten und die Notwendigkeit des Osthandels aussprachen. Aus ihrer Erfahrung heraus betonten die Vertreter großer Firmen, daß gerade die Intiative des Kaufmannes in der Lage sei, bürokratische Hemmungen in Hamburg zu überwinden. Die fast allgemeine Auffassung der versammelten Hamburger Kaufleute wurde von einem Diskussionsredner ausgedrückt, der ausführte, daß es darauf ankomme, schnell und ohne Vorbehalt mit den Wirtschaftskreisen der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion, der Volksdemokratien und China in Kontakt zu kommen, da Hamburg diesen Handel brauche.

Wettbewerb zur Neugestaltung des Leipziger Messegeländes

Leipzig. Vom Leipziger Messeamt wurde ein Wettbewerb für die Neugestaltung des Geländes der Technischen Messe in Leipzig ausgeschrieben. Die zu lösende Aufgabe bezieht sich auf die Gestaltung der Hallen, des Geländes, den Entwurf eines Verwaltungsgebäudes und auf die Verkehrsmittel, die auf dem Messegelände betrieben werden sollen. Die überdachte Ausstellungsfläche soll von bisher 53 000 qm auf rund 100 000 qm erweitert werden.

Teilnahme am Wettbewerb steht allen freischaffenden deutschen Architekten offen. Für Preise sind insgesamt 30 000 DM ausgesetzt. Die Entwürfe müssen bis zum 7. August dieses Jahres beim Leipziger Messeamt eingereicht sein, wo auch die Wettbewerbsunterlagen angefordert werden können.

Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

29. Fortsetzung

„Charlie, alle Fuchsfelle, die auf meinem Schlitten liegen, sind nicht bezahlt. Ich habe viele Jäger in der Tundra besucht, und keiner von ihnen hat auch nur eine Platte Tabak oder ein Messer oder ein Päckchen Tee bekommen. Sie warten auf ihre Bezahlung. Für diese Felle muß ich Waren haben."

„Ich weiß ich weiß das alles. Die Fuchsfelle nimmst du wieder mit. Waren aber gebe ich dir soviel du willst. Du bezahlst dafür später und streckst sie den Jägern auch nur vor. Das macht nichts. Im nächsten Jahr geben sie dafür ihre Pelze ab."

„Oh, sie werden bestimmt bezahlen! Ich nehme ihnen alles ab, was sie haben."

„Richtig, richtig! Man muß jetzt gleich alle Pelze kaufen, die sie im nächsten Jahr haben werden. Hast du verstanden, Alitet?"

„Ich habe alles verstanden und werde schon alle Schwänze bekommen."

„Aber du mußt genau auf mich hören. Du siehst selbst, daß ich für dich sorge. Ich werde dich lehren, wie du mit dem amerikanischen Schoner handeln mußt, wie mit den Jägern in der Tundra und wie mit den Jägern an der Küste. Oh, ich habe dir das noch nie gesagt! Im Sommer, wenn der Schoner zu mir kommt, sage ich dem Kapitän, daß du viel Pelzwerk hast, und er wird unbedingt zu dir kommen wollen. Wir werden gemeinsam unsere Geschäfte machen, wie Handelsbrüder."

Alitet legte die Hände auf die Knie, beugte sich zu Charlie hinüber und horchte aufmerksam zu.

Dann dachte er: wie gut, daß ich Tygrena mitgebracht habe! Noch nie war er so gut. Er gibt mir alles!

„Ich werde dir viele Waren aus Eisen geben. Alle Waren bringst du rasch zu den Jägern. Hast du verstanden, Alitet, wie du es machen mußt?"

Alitet blinzelte schlau.

„Alitet versteht alles. Oh, was Alitet für einer ist!"

„All right! So, jetzt können wir feiern und soviel Feuerwasser trinken, wie du willst und mit den Frauen lustig sein."

XXVII

Tygrena kehrte zum Schlitten zurück. Zum erstenmal war sie nach Loren gekommen, und nun war sie verlegen. Sie setzte sich auf die Narte. Weshalb hatte sie Alitet hierhergebracht?

Das dicke Weißgesicht mit den Glasscherben vor den Augen fiel ihr ein, und sie dachte: Wie komisch seine grunzende, unverständliche Sprache ist!

Der alte Rynteu kam an den Schlitten heran.

„Weib", sagte er. „Warum sitzt du hier und gehst nicht in meine Jaranga? Du bist doch nicht unterwegs, hier ist doch eine Siedlung. In Rynteus Jaranga gibt es immer Futter für die Hunde. Für Gäste gibt Charlie Tee und sogar ein bißchen Zucker."

Tygrena stand auf. Sie sah den Alten aufmerksam an. Er war in Hauskleidung. Die Aermel der Pelzjacke baumelten ihm um die Seiten, auf dem Kopf saß keine Mütze. Sein Gesicht schien gutmütig und seine Worte freundlich zu sein.

„Ich füttere immer eure Hunde", fuhr Rynteu fort.

„Ich kenne keinen hier", antwortete Tygrena. „Setze dich selbst auf den Schlitten und führe die Hunde zu dir!" Der Alte schlenkerte die Aermel hoch, und schon staken seine Arme darin. Dann griff er eifrig nach dem Bremsstock.

„Fahren wir!" sagte er zu Tygrena.

Aber in diesem Augenblick erblickte Tygrena Waamtscho, der etwas abseits stand. Erfreut sagte sie zu Rynteu:

„Fahre allein! Ich komme nach." Und sie lief auf Waamtscho zu, der sich mit seinem Bärenfell zu schaffen machte.

„Was willst du mit dem Eisbär machen, Waamtscho?"

„Ich wollte das Fell verkaufen, aber du und Alitet kamt dazwischen. Daher konnte ich den Handel nicht abschließen. Jetzt werde ich das Fell wieder mitnehmen müssen. Alitet wird Charlies Geist verderben."

„Waamtscho, den ganzen Weg über hat er die Hunde gejagt. Er hat sich beeilt, als wolle er vom Treibeis ans Ufer gelangen. Und als er den Amerikaner sah, hat er alles stehenlassen. Die Hunde auch. Das macht er sonst niemals! Niemandem hat er sie anvertraut. Jetzt aber ist er weggegangen."

„Tygrena, hast du Charlie gesehen? Man sagt, er sei Alitets Freund in der Tauschehe."

Tygrena schwieg und dachte an das dicke, plumpe Weißgesicht.

„Böse sind sie, Tygrena! Beide sind wie Wölfe. Kattam merkitschkin!" fluchte Waamtscho.

„Ich weiß noch was Neues. Hast du davon gehört?"

„Was denn?"

„Aje ist hier. Er ist gekommen, um die Fuchsfelle seines Hern Jatchyrgin zu verkaufen."

Tygrena horchte auf.

„Er hat nach dir gefragt. Aje ist jetzt Hirte geworden. Er sagt, es sei für ihn eine Schande gewesen, und außerdem sei es langweilig an der Küste. Sein Gewehr hat er Jatchyrgin gegeben."

„Vielleicht will Aje für eine Frau arbeiten? Jatchyrgin hat viele Mädchen", sagte Tygrena.

„Ich weiß nicht", erwiderte Waamtscho.

„Und wo ist Aje?"

„Er ist in Rynteus Jaranga. Er unterhält sich. Er verläßt das Zelt nicht. Tygrena, willst du nicht hingehen? Rynteus Jaranga ist die Quelle aller Neuigkeiten. Wenn ein Mensch viel Neues zu berichten hat, ist er überall gern gesehen."

„Ich weiß nicht, Waamtscho, wohin ich mich wenden soll."

In Rynteus Jaranga ging es sehr lebhaft zu. Aje lag ausgestreckt auf den Fellen, die Arme unter dem Kopf verschränkt, und erzählte:

„Als ich zu Jatchyrgin kam, fragte er: ‚Bist du für immer von der Küste fort? Warum? Ist es nicht mehr schön dort?'

‚Ja, mir gefällt es nicht mehr. Es ist langweilig. Meine Frau hat mir Alitet weggenommen. Meine Hände wollen nicht mehr arbeiten.'

‚Aha!' sagte Jatchyrgin. ‚Hände brauche ich nicht. In der Herde brauche ich Beine. Wenn du gut laufen und die Herde hüten willst, sollst du fette Nahrung haben. Auch ein Mädchen wird sich für dich finden.'

Die Frauen brachten gerade fettes, gekochtes Fleisch herein.

‚Koste davon!' sagte Jatchyrgin.

Ich aß.

‚Oh, du!' sagte er. ‚Ich sehe, daß du ein gieriger Esser bist. Ich werde mir ansehen, wie du die Rentiere hütest. Hütest du sie schlecht, jage ich dich fort.'

Dann machte ich mich auf zur Herde. Versuche es einmal, Rentiere gut zu hüten! Sorgt dann dafür, daß sie immer weiden und sich nicht niederlegen. Zwingt sie, daß sie immer Moos zupfen, damit sie fett werden. Oh, das ist schwer! Im Schneesturm darf man nicht schlafen, man muß sie vor den Wölfen hüten und läuft selber herum wie ein Wolf. Wenn aber gutes Wetter ist, stellt man Fallen und fängt Füchse.

Später ist Jatchyrgin auf schönen, weißen Rentieren selbst zur Herde gekommen.

‚Aje', sagte er, „ich sehe, daß du kein müßiger Esser bist. Du hast die Rentiere behütet und Fuchsfelle beschafft. Gib sie einmal her! Ach, meine Augen haben noch nie solche gesehen! Die muß man bei Charlie Rotnase gegen Waren eintauschen. Alitet wird sie nur wie gewöhnliche bezahlen. Er wird einfach zählen, ein Schwanz, zwei Schwänze, drei Schwänze. Schlaf bis Sonnenaufgang unter einem Rentierbauch und gehe dann in die Handelsjaranga! Lege meine Schneeringe an, sie sind fest. Der Weg ist nicht leicht. Wenn du wieder zurück bist, wirst du weiter die Rentiere hüten. In drei Jahren geb ich dir eine Frau.'

„So", sagte Aje. „Ich brauche aber sein Mädchen nicht. Mein Herz zieht mich an die Küste. Ich will die Menschen vom Meer sehen. Will hören, was sie erzählen. An der Küste ist es lustig. Da sind immer Menschen, dort aber sind nur Rentiere. Und so hab ich mich aufgemacht. Nach zwei Tagen sah ich im Tal zum Hasenpfad ein Feuer. Daneben ein Hundegespann und ein Zelt. Ich laufe darauf zu und erkenne, daß es ein Russe ist. Er kommt von weit her. Seit drei Monaten ist er unterwegs Er fährt zur Tschuktschenhalbinsel. Er nennt sich Vorgesetzter. Aber was ist das für ein Vorgesetzter? Er hat ja gar keinen Bart. Er fragt mich:

‚Ist es weit bis zur Halbinsel?'

‚Nein, nicht mehr weit. Eine Tagesreise mit den Hunden.'

‚Oh, nur noch einen Tag? Dann können die Hunde noch ausruhen. Setz dich! Willst du Tee haben?'

Zucker, Zwieback, Fleisch in eisernen Dosen und Tabak. Er hatte alles. Vielleicht ist es wirklich ein Vorgesetzter? Die ganze Nacht haben wir nicht geschlafen und uns nur unterhalten. Nach allem hat er mich gefragt. Die Kehle trocknete mir aus vom Sprechen. Er aber fragte unermüdlich. Dann fing er selbst an zu sprechen. Sachen hat er gesagt, daß sich alles in meinem Kopf drehte. Er hat erzählt, daß dort, im großen russischen Land Krieg gewesen ist. Erinnert ihr euch, wir haben Gerüchte darüber gehört? Die Reichen kämpften mit den Armen. Alle Reichen wurden verjagt, und Leute wie wir hier, die einfachen Leute, wurden selber zu Vorgesetzten und machen selbst Gesetze. Von Alitet und von Charlie hat er gesprochen. Er hat gesagt, daß er den Amerikaner aus diesem Lande hinausjagen wird und Alitet auch..

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das könnte den Herren gerade so passen!

Die Westmächte haben bei der Regierung der Sowjetunion gegen das Vorhandensein der Volkspolizei protestiert. Das wird sicherlich niemand in Erstaunen setzen, denn die Volkspolizei unter der Führung von ehrlichen Antifaschisten und überzeugten Friedenskämpfern muß den Leuten ein Dorn im Auge sein, welche mit allen Kräften einen neuen Krieg vorbereiten. Das Ablenkungsmanöver der Westmächte ist zu durchsichtig, um nicht sofort durchschaut zu werden. General Clay, der ehemalige amerikanische Oberbefehlshaber in Deutschland, forderte kürzlich die Aufstellung deutscher Infanterie-Verbände, welche als Kanonenfutter vor den amerikanischen Panzern und Flugzeugen hergejagt werden sollen. Der französische Außenminister Robert Schuman schlägt die Verschmelzung der deutschen und französischen Montan-Industrie vor, nicht nur, um die Vorherrschaft der westlichen Monopol-Kapitalisten in der deutschen Wirtschaft zu sichern, sondern hauptsächlich um die in allen Ländern des Westens fieberhaft vorwärts getriebenen Kriegsvorbereitungen zu vereinheitlichen. Aus allen Teilen Westdeutschlands kommen Meldungen über die Herstellung von Kriegsmaterial in deutschen Fabriken.

Das Zetergeschrei über die Volkspolizei soll diese schwerwiegenden Tatsachen verschleiern.

Wenn sich die Westmächte in ihrer Protestnote auf die Beschlüsse der Friedenskonferenz und das Potsdamer Abkommen berufen, so spricht dies ihrer Haltung Hohn. Es ist gerade die sozialistische Sowjetunion, welche immer wieder die Durchführung der auf diesen Konferenzen gefaßten Beschlüsse verlangt. Sei es die Frage der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, des Abzugs der Besatzungsmächte und gerade die der Zerschlagung des deutschen Militarismus. Es sind allein die Westmächte, welche die Durchführung dieser von ihnen mit unterzeichneten Forderungen sabotieren.

Die besatzungshörige Westpresse überschlägt sich natürlich, wie immer bei derartigen Anlässen, vor Begeisterung über diese „Initiative" der Weltmächte. Die Rhein-Neckar-Zeitung faselt etwas von einer „Sowjetzonen-Armee". Die „Badische Zeitung" spricht von einer „Militärischen Volkspolizei". So und ähnlich rauschte es im ganzen westdeutschen Blätterwald. Die „Mannheimer AZ" schießt aber, wie schon oft, den Vogel ab, sie überschreibt ihre Meldung einfach: „Volkspolizei soll verschwinden".

Das würde Euch so passen, verehrte Herren! Die Auflösung der Volkspolizei soll wohl zur Aufhebung der demokratischen Einrichtungen in dem Gebiete der DDR führen. Die Volkspolizei wird aber auch in Zukunft das Volk, die Demokratie und den Frieden schützen. Das Wutgeheul der angloamerikanischen Kriegsherren und ihrer Trabanten wird diese Tatsache nicht verhindern können.

Vorwärts in der Unterschriftensammlung

Jedes Haus, jede Straße, jeder Betrieb ein Hort des Friedens

Freiburg. Der Landesfriedenskongreß der südbadischen Kämpfer für den Frieden ist beendet. 300 Delegierte und Gäste sind wieder in ihre Heimatorte zurückgefahren. Die enge Verbundenheit und die Entschlossenheit aktiv für den Frieden zu kämpfen, die auf diesem Kongreß in Freiburg zum Ausdruck kam, hat den Teilnehmern die notwendige Stärke und Kraft vermittelt, der sie bedürfen, um draußen im täglichen Leben bei der Arbeit, auf Zusammenkünften und Versammlungen und bei der Sammlung von Unterschriften von Haus zu Haus auch den letzten von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß man für den Frieden etwas tun muß.

Dies zeigen auch die Antworten einiger Teilnehmer des Landesfriedenskongresses in Freiburg, die wir nach der Beendigung des Kongresses nach den Eindrücken, die sie gehabt, befragten.

Frau H. Sch., Hausfrau in Freiburg, erzählte uns folgendes: „Der Kongreß war großartig. Es ist ein schönes Gefühl und spornt zur Arbeit für den Frieden an, wenn man sieht, daß es bei uns in Südbaden schon so viele Menschen gibt, die sich für den Frieden aktiv einsetzen. Besonders hat es mich gefreut, daß so viele Jugendliche und Frauen anwesend waren. Bis jetzt habe ich 85 Unterschriften gesammelt. Die Landesfriedenskonferenz hat mir aber gezeigt, daß man für den Frieden gar nicht genug tun kann. Ich werde mit neuer Kraft an die Arbeit gehen und will noch recht viele Menschen davon überzeugen, daß auch ihre Unterschrift ein Baustein für den Frieden ist."

Ein jugendlicher Friedensfreund aus Freiburg äußerte seine Eindrücke über den Kongreß wie folgt:

„Ich bin so froh, daß ich mit zu den Glücklichen zählte, die am Landesfriedenskongreß in Freiburg teilnehmen konnten. Wir Jugendlichen haben es doch vor allen Dingen nötig, aktiv für den Frieden zu kämpfen. Bei einem Krieg sind wir es doch, die am meisten unter der Kriegsfurie zu leiden haben. Ich lehne es auch vollkommen ab, in jene Hetze mit einzustimmen, daß die Weltfriedensbewegung eine kommunistische Angelegenheit ist. Die Sache des Friedens geht über konfessionelle und parteipolitische Richtungen hinweg und schließt alle ehrlichen friedliebenden Menschen ein. Ich sehe es als meine größte Aufgabe an, weiterhin aktiv für die Unterschriftensammlung einzutreten und alle meine Freunden und Bekanten über die Gefahr eines neuen Krieges und zugleich über die Stärke der mächtigen Weltfriedensbewegung aufzuklären."

Der Eisenbahner W. K. aus Freiburg, der es eilig hatte, weil er wieder zum Dienst mußte, erklärte uns kurz:

„Meine Kollegen sind gespannt, was ich ihnen von dem Landesfriedenskongreß zu berichten weiß. Ich habe erkannt, wie wichtig es ist, daß wir Eisenbahner auf dem Platz, auf dem wir stehen, unseren Teil zum Frieden beitragen. Ich kenne unsere Aufgabe und werde auch meine Kollegen davon überzeugen, daß keiner von uns je wieder Kriegsmaterial befördern und ausladen helfen darf, denn jeder Panzer und jede Kanone, die wir in unser Land hineinlassen, bringt ja unser Volk und damit auch uns selbst in noch größeres Elend hinein und hilft den Kriegstreibern, einen neuen Krieg vom Zaun zu brechen."

ampfdienst R k :ch P umlhwyeniatxeni

Ein junger Sportler vom Blau-Weiß Freiburg äußert sich über den Landesfriedenskongreß:

„Gerade uns jungen Sportlern hat der Landesfriedenskongreß einmal wieder gezeigt, wie notwendig für uns Sportler die Erhaltung des Friedens ist, denn nur im Frieden ist es möglich, daß wir in ganz Deutschland endlich eine demokratische Sportbewegung aufbauen können. Deshalb werde ich mich in meinem Verein und auch bei anderen Sportkameraden, mit denen ich zusammenkomme, dafür einsetzen, daß jeder von ihnen seine Unterschrift für den Frieden gibt."

Jeder Delegierte des Landesfriedenskongresses, ob er aus Konstanz, Rastatt, Lörrach, aus den Dörfern des Hochschwarzwaldes oder aus der Rheinebene kam, hat durch seine Zustimmung zu den Stockholmer Beschlüssen, die das Verbot der Atomwaffe fordern, bewiesen, daß er erkannt hat, daß nur der Kampf für die Verwirklichung dieser Beschlüsse die Welt vor einem neuen grauenhaften Blutbad bewahren kann. Jeder Delegierter hat damit aber auch eine große Verpflichtung auf sich genommen, die Verpflichtung, überall in Südbaden mitzuarbeiten, daß Friedenskomitees organisiert werden. Ueberall, im Betrieb, in den Organisationen, den er angehört und in seinem ganzen Bekanntenkreis muß er die Menschen auffordern, sich aktiv für die Stockholmer Beschlüsse einzusetzen.

Die Unterschriftensammlung, die schon einen großen Teil der südbadischen Bevölkerung für die Verwirklichung der Stockholmer Beschlüsse erfaßt hat, muß mit unverminderter Kraft weitergeführt werden. Jedes Haus, jeder Ort und jeder Betrieb muß ein Hort des Friedens werden.

Gewerkschaft der Bauarbeiter

Freiburg. Die Gewerkschaft der Bauarbeiter macht am Pfingstsonntag einen Maiausflug nach Ebringen, wo im Gasthaus „zum Bären" frohe Einkehr gehalten wird. Für Fußwanderer und Omnibusbenützer Treffpunkt 13.30 Uhr Urachhalle und Kreuzung Baslerlandstraße — Uffhauserstraße. Mitglieder nebst Familienangehörigen sind herzlich eingeladen.

Betriebsrätevollversammlung des DGB

Rastatt. Laut Satzung des DGB und Beschluß der Bezirksstelle Baden in Freiburg findet am Freitag, den 2. Juni 1950, vormittags im großen Saal zum „Anker" in Rastatt die vierteljährliche Betriebsrätevollversammmlung statt, für welche Kollege Reibel das Referat übernommen hat.

Zu dieser Konferenz sind sämtliche Betriebs- und Personalratsmitglieder sowie die Betriebsobmänner des Kreises Rastatt freizustellen.

Nach § 11, Ziff. 3 des Betriebsrätegesetzes besteht Anspruch auf Lohnersatz und auf Ersatz der notwendigen Auslagen.

Daimler-Benz und Mannheimer Straßenbahn wählten ihren Betriebsrat

Fortschrittliche Gewerkschaftsrichtung setzt sich durch

Mannheim. Die Betriebsratswahlen bei Daimler-Benz, Mannheim, haben im Gesamtergebnis keine wesentliche Aenderung gebracht. Bei Daimler-Benz wird die Arbeit des Betriebsrates seit Jahren in der Zielrichtung fortschrittlicher Gewerkschaftsarbeit durchgeführt. So auch in diesem Jahr. Wir erinnern nur an das Reagieren der Belegschaft bei dem Angriff auf das Betriebsabkommen. Dieser fortschrittlichen Gewerkschaftsarbeit zufolge entspricht auch in diesem Jahre wieder die Zusammensetzung des Betriebsrates. Von den gewählten 17 Betriebsräten entfallen 9 auf solche, die der fortschrittlichen Gewerkschaftsrichtung angehören. Der bisherige Vorsitzende hat sein Amt wieder übertragen bekommen.

Bei den Angestellten, wo bisher die fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung kaum Fuß fassen konnte, ist ein vollkommener Umschwung zu verzeichnen. Bei Daimler-Benz wählten die Angestellten auf besonderen Listen. Es wurden drei Betriebsräte gewählt, wovon zwei dieser Zielrichtung angehören.

Auch bei der Mannheimer Straßenbahn sind nunmehr die Betriebsratswahlen abgeschlossen. In Verwaltung und Werkstatt konnte von insgesamt 6 Kandidaten nur einer der fortschrittlichen Gewerkschaftsrichtung durchkommen.

Dagegen sieht im Fahrdienst die Situation wesentlich anders aus. Hier führen die fortschrittlichen Kandidaten mit insgesamt 5. Dieses Resultat enspricht ungefähr dem des Vorjahres.

Dieser schöne Vertrauensbeweis der Mannheimer Straßenbahner zu den fortschrittlichen Gewerkschaftlern spricht für sich selbst. Obwohl man während der nun stattgefundenen Betriebsratswahl krampfhaft versuchte, mit manchmal geradezu lächerlichen Argumenten gegen einen fortschrittlichen Kandidaten und bisherigen Betriebsrat zu intrigieren, erhielt dieser trotz Verleumdung und ihm angehängter unwahrer Behaupungen mit 363 Stimmen von den Straßenbahnern ein eindeutiges Vertrauensbekenntnis, da dies die meist abgegebene Stimmenzahl für einen Kandidaten darstellt.

Die Mannheimer Straßenbahner wissen, daß es vor allen Dingen die Gewerkschaftler mit fortschrittlicher Zielrichtung waren, die in all den vergangenen Jahren die Interessen der Fahrbediensteten immer gerecht und kompromißlos, und wenn es sein mußte, in aller Schärfe, vertreten haben. In dieser Gewißheit ruht auch das Vertrauen, das die Straßenbahner diesen Kandidaten entgegenbrachten. Die Fahrbediensteten wählten eine Reihe der besten Gewerkschaftler in den Betriebsrat.

Für die Verwirklichung des betrieblichen Programmes

Die Neuwahl der Betriebsgruppenleitung „Rhodiaseta" in Freiburg

Freiburg. In der ersten und zweiten Mitgliederversammlung, die die Betriebsgruppe der „Rhodiaseta" zur Vornahme der Neuwahl der Leitung durchführte, stand im Mittelpunkt der Diskussion die Verwirklichung des betrieblichen Programms. Hierbei geht es um das Programm, das in der Belegschaftsversammlung zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen einstimmig Annahme gefunden hat. Mit der Zustimmung der Belegschaft zu diesem betrieblichen Programm das die Forderung der Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck bringt, war die Belegschaft daran interessiert, zu wissen, inwieweit die vorgeschlagenen Kandidaten als Betriebsräte gewillt sind, sich für die Durchführung dieses betrieblichen Programms auch einzusetzen. Leider wurde dem nicht nachgekommen. Selbst die gesammelten Unterschriften von über 100 Arbeitern im Betrieb, die von der Gewerkschaft forderten, daß vor den Betriebsrätewahlen die aufgestellten Kandidaten sich für das von der Belegschaft angenommene Programm zu verpflichten haben, fanden kein mehrheitliches Gehör. Es wurde erklärt: „Erst nach den Wahlen sollen die Betriebsräte ihre Stellungnahme zu dem betrieblichen Programm abgeben". Mit Recht wurden diese „Roßtäuscher"-Tricks in der Betriebsgruppenversammlung mit aller Schärfe kritisiert. Denn der Belegschaft blieb dadurch vor der Betriebsratswahl vorenthalten, welche aufgestellten Kandidaten es mit der Durchführung des betrieblichen Programms ehrlich meinen.

Es ist deshalb notwendig, mit aller Nüchternheit die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen zu beurteilen. Die Resultate zeigen deutlich, daß die Arbeiter nicht schlechthin den Kandidaten als Personen ihre Stimme gaben, sondern dem betrieblichen Programm. Jetzt wird es wiederum vor allem bei der Belegschaft liegen, sich einmütig für die Verwirklichung ihrer gestellten Forderungen einzusetzen, wobei auch eine klare Stellungnahme von Seiten der Betriebsräte und der Gewerkschaft zu fordern ist.

Gleichzeitig wurde in der Betriebsgruppenversammlung Wert darauf gelegt, auf der Grundlage der Resolution der 15. Tagung des PV, eine noch stärkere Ausrichtung zu vollziehen. In der angenommenen Resolution wurden die Aufgaben des betrieblichen Programms ebenfalls festgehalten.

Nachfolgend bringen wir einige Punkte: Erhöhung der Löhne und Gehälter und Neuregelung der Prämien sowie eine Erhöhung der Nachtschichtzuschläge auf 25 Prozent. Sicherung des Arbeitsplatzes und Vollbeschäftigung im Betrieb. Stärkere Förderungen der sozialen Einrichtungen (Erlenbruck) durch den Betriebsrat. Die Bezahlung eines freien bezahlten Haushaltstages im Monat für die im Betrieb beschäftigten Abreiterinnen. Bezahlung der drei Karenztage bei Krankheit sowie eine Verbesserung der bisherigen Krankengeldaufzahlung. Sicherung des 12tägigen Mindesturlaubs und die Staffelung nach dem bisherigen Chemietarif C I, die auf 12 bis 18 Tage zu erhöhen ist. Volles Mitbestimmungsrecht im Betrieb. Zur besseren Vertretung der jugendlichen Interessen sind zu allen Sitzungen und Tagungen die Jugendvertreter im Betrieb hinzuzuziehen.

Nach der Annahme dieser Entschließung wurde der neue Vorstand einstimmig gewählt.

Gefangene namenlos verhungert und erschossen

Zehntausende russischer Kriegsgefangener ohne Registrierung durch Genickschuß erledigt — Angehörige der Ermordeten bis heute noch ohne amtliche in den Hitler-KZs Nachricht

Es war am 16. April 1950 dem Befreiungstag für die Opfer des Faschismus. Bei naßkaltem Wetter umstanden wir zu Hunderten das wuchtige Kreuz auf dem KZ-Friedhof bei Schömberg in Südwürttemberg. Ich werde von einer abgehärmten älteren Frau aus der Bodenseegegend angesprochen. Ihr Mann sei im Jahre 1942 vom Sondergericht Stuttgart aus politischen Gründen zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Irgendeine Nachricht, was mit der Leiche geschehen, und wo sie beigesetzt sei, habe sie weder vor noch nach 1945 erhalten. Sie bat mich, darüber Nachforschungen anzustellen.

Tags darauf nahm ich mir die amtliche Liste vor, in der die Namen der Leichen enthalten sind, die nach ihrer Hinrichtung in Stuttgart dem Anatomischen Institut der Universität Tübingen übergeben wurden, und fand darin auch den Namen des besagten Mannes. Ich konnte auf Grund dieses Vorganges mit einigem Recht vermuten, daß auch bei den übrigen Hingerichteten, unter denen sich eine ganze Reihe von politischen Gegnern des Naziregimes befinden, die Angehörigen bis zum heutigen Tage nicht über den Verbleib der Leiche amtlich verständigt wurden. Daher bat ich den Direktor der Anatomie in Tübingen, die Angehörigen hiervon zu verständigen und darüber Auskunft zu geben, wo die Leichen, bzw. deren Asche beigesetzt sind, und ob sich ihre Grabstätte in einem würdigen Zustand befindet. Es ist an sich schon bedenklich, wenn man die leitenden Instanzen einer so bedeutenden akademischen Ausbildungsstätte erst auf diese selbstverständliche Pflicht aufmerksam machen muß.

Die lakonische Antwort in dem vorliegenden Falle lautete, daß die Leiche nach ihrer Sektion in Reutlingen eingeäschert und die Asche auf dem Tübinger Friedhof beigesetzt worden sei. Diesen pietätlosen Vorgang muß man festhalten, wenn jetzt die Agenten des kalten Krieges mit ungeheuerem Aufwand versuchen, mit den vermißten deutschen Soldaten politische Geschäfte zu machen und die Kriegshetze gegen die Sowjetunion zu steigern. Und noch eines: In den deutschen KZ-Vernichtungslagern sind Zehntausende von russischen Kriegsgefangenen verhungert oder durch Genickschuß erledigt worden. Der Stuttgarter Gestapomann Mauch wurde unlängst in Untersuchungshaft genommen, weil er für die Ermordung von fünf russischen Häftlingen im KZ Welzheim verantwortlich ist; außerdem ließ er einen russischen Arzt verhungern.

Welche deutsche Behörde hat sich in den letzten fünf Jahren die Mühe gemacht, diese russischen Toten zu registrieren und den Angehörigen Aufschluß über das Schicksal dieser Vermißten zu geben? Mit größerem Recht als jede andere Nation darf daher die Sowjetunion fragen: Herr Adenauer, was haben Sie getan, um das Schicksal der Hunderttausenden von vermißten russischen Kriegsgefangenen in Deutschland aufzuklären.

Darum sage ich: Unsere Regierungen haben allen Grund, vor ihrer eigenen Türe zu kehren.

(AH. — VST)

Der „Wolf im Schafspelz" antwortet

Die „Badischen Neuesten Nachrichten" richteten vor einigen Tagen einen recht zweifelhaften Angriff gegen die Unterschriftensammlung für das Verbot der Atombombe. Einer unserer Leser schreibt daraufhin folgende Antwort:

„Zweifellos hat der Einsender recht, wenn er meint, man solle ‚seinen ehrlichen Namen' nicht auf eine Friedensliste setzen — nämlich dann, wenn man den Frieden nicht ehrlich will. Und man will ihn gewiß nicht ehrlich, wenn man Rußland und die Oststaaten von seiner Friedensbereitschaft ausschließt. Der Einsender nimmt gegen die Liste Stellung, weil sie auch von den Kommunisten unterstützt wird; d. h. klar und deutlich, daß er den Krieg gegen Rußland nicht verhindern will.

Aber es ist lächerlich zu behaupten, man stimme für den Bolschewismus, wenn man keinen Krieg mit Rußland will. Wenn ich gegen den Antisemitismus bin, so heißt das doch nicht, daß ich Jude werden will. Ich verurteile damit nur jede Gewaltanwendung und alles, was dazu führt, also auch jede Hetze gegen die Juden.

Wer die Friedensliste unterschreibt, gibt damit kein Bekenntnis für den Kommunismus ab, noch für irgend eine andere Partei, sondern er erklärt lediglich, daß er keinen Krieg will, allerdings auch keinen Krieg gegen die Sowjetunion.

„Denn dem Kreml ist jedes Mittel zur Erreichung seiner destruktiven Ziele recht." Mit diesem Satz schließt der Artikel des Einsenders.

Nun, das „destruktive" Ziel, das der Kreml in diesem Fall erreichen will, ist die Erhaltung des Friedens. Was ist denn in Ihren Augen konstruktiv? Kanonen, Panzer, Atombomben, Massenvernichtung, Verbrennungsöfen vielleicht? Der Krieg ist kein Mittel zur Erreichung eines politischen Zieles, sondern ein Verbrechen." H. K.

Aus der Gaggenauer Stadtratsitzung

Gaggenau. Die Kriegsereignisse sind an den zwei städtischen Freibädern in Waldseebach und Bad am Kuppelstein auch nicht spurlos vorüber gegangen. Die laufenden Instandsetzungen mußten zurückgestellt werden. Um so höher ist jetzt der Aufwand. Allein für das Waldseebad sind 10-11 000 DM erforderlich, für die Erneuerung des Sprungturms, die Anlage einer Fußwaschrinne, die Renovierung des Umkleideraums und die Instandsetzung der Spielplätze. Die Arbeiten sind bereits in vollem Gahge. Auch beim Bad am Kuppelstein sind die Instandsetzungsarbeiten begonnen; das Badebecken konnte allerdings nur provisorisch hergerichtet werden.

Die Hundesteuer wurde für das Rechnungsjahr 1950 auf 24.— DM festgesetzt.

In der Grenzänderungsangelegenheit mit der Nachbargemeinde Rotenfels wurde die gegenseitige Vereinbarung unterzeichnet.

Mannheims Kanalisation - von unten gesehen

Mannheim. Die Bedeutung eines ausgedehnten und lückenlosen Kanalnetzes für eine Großstadt braucht wohl kaum näher erläutert zu werden, denn die zahlreichen Abwässer auf ein Gebiet, wo Fabrikanlagen und menschliche Behausungen sich häufen, bilden einen Seuchenherd, sobald deren Ableitung nicht vollkommen gewährleistet ist.

Diese Ableitung der Abwässer Mannheims steht einerseits unter günstigen Bedingungen, denn Rhein und Neckar dienen hier, wie es in der Fachsprache heißt, als „Vorfluter" zur Abnahme und Weiterleitung. Das Kanalnetz hingegen, welches über eine Länge von ungefähr 320 Kilometern verfügt, hat beträchtliche Lücken, denn es müßte weiter ausgebaut werden, da Vororte und Siedlungen noch nicht alle einbezogen sind. In der Schönausiedlung, die sich bisher in punkto Entwässerung mit Sickerlöchern behelfen mußte, was bei der Wasserversorgung der Einwohner mittels Gartenpumpen zu unerträglichen und gefahrdrohenden Verhältnissen führen könnte, steht zwar die Entwässerung mittels Kanalisation gerade vor der Vollendung. Aber weder in der Blumenau, noch in anderen Randsiedlungen ist eine Entwässerung vorhanden.

Wie wichtig eine Entwässerungsanlage ist, erhellt die Tatsache, daß die Kläranlage 1949 nicht weniger als 25 Millionen Kubikmeter Abwässer — das entspricht dem Verhältnis von 275 Liter am Tage pro Kopf der Bevölkerung — weitergeschafft hat. Dreizehn Pumpwerke leiten die Abwässer zum Hauptpumpwerk Ochsenpferch, von wo aus sie sich in die Kläranlage auf der Friesenheimer Insel ergießen und auch zu einem geringen Teil der Verwertung als Düngemittel anheim fallen.

Das Hauptpumpwerk ist veraltet und entspricht nicht mehr den modernen Anforderungen. Die Sachverständigen dringen auf Umstellung auf vollautomatischen Betrieb und die Hygieniker im Gesundheitsamt verlangen den Anschluß — im Hinblick auf die Seuchengefahr — der schon genannten Vororte und Siedlungen an das Hauptnetz. Für die Modernisierung der Anlage und den Ausbau des Kanalnetzes ist aber kein Geld da. Wirklich nicht? Die Stadt zahlt jährlich 72 Millionen Besatzungskosten, ein Bruchteil davon würde genügen, Hauptpumpwerk und Kanalisation in einen Stand zu setzen, der den modernsten technischen und hygienischen Gesichtspunkten entspricht.

Merkwürdige Begründung eines Sittlichkeitsvergehens

Heidelberg. (lwb). Das Heidelberger Schöffengericht verurteilte am Dienstag einen Brennstoffhändler aus Budweis (CSR) wegen Verleitung eines Kindes zur Unzucht zu vier Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde auf das Strafmaß angerechnet.

Der Verurteilte hatte im März ein elfjähriges Mädchen in einen Keller gelockt und versucht es zu unsittlichen Handlungen zu verleiten. Als Begründung für seine Tat gab der Verurteilte vor dem Gericht an, er habe einen Skandal machen wollen, um von seiner Frau geschieden zu werden. Diese Begründung wurde vom Gericht als Beweis für die geschwächte Geisteskraft des Angeklagten ausgelegt und als strafmildernd angesehen.

Aus dem Parteileben

Müllheim. Am Mittwoch, dem 31. Mai, findet im Gasthaus zum „Kreuz" um 20 Uhr die 2. Generalversammlung der Ortsgruppe Müllheim statt Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die letzte Versammlung und die inzwischen geleistete Arbeit, verbunden mit der Neuwahl der Leitung der Ortsgruppen. Die bisherige Leitung tritt bereits um 19.30 Uhr zusammen.

Freiburg. Am Donnerstag, dem 1. Juni, 20 Uhr, findet in den Räumen der Landesleitung, Vaubanstr. 12, die zweite Generalversammlung der Wohngebietsgruppe Mitte Stühlinger statt. Auf der Tagesordnung steht der Bericht über die Tätigkeit der bisherigen Leitung seit der letzten Mitgliederversammlung, die Vorlage der Resolution, Diskussion und Neuwahl der Leitung.

Auf 11 Jahre alten Buben geschossen

Oberwolfach. Seit einigen Tagen treibt sich in der Gegend des vorderen Rankachtales ein Unbekannter herum, dessen Verhalten darauf hindeutet, daß es sich um einen Einbrecher handelt. Nachdem er einem elf Jahre alten Knaben den Hausschlüssel zu entreißen versucht hatte, versetzte er am darauffolgenden Tage die Einwohnerschaft dadurch in Schrecken, daß er auf den gleichen Knaben einen Schuß abgab, der glücklicherweise sein Ziel verfehlte.

Parteiorganisation steht fest hinter dem Parteivorstand

KPD-Kreisvorstand Karlsruhe

Die anwesenden Genossinnen und Genossen der Mitgliedervollversammlung des Kreises Karlsruhe der KPD am 19. Mai 50 nehmen mit Entrüstung und Abscheu davon Kenntnis, daß der frühere Spitzenfunktionär der Partei, Kurt Müller, ein schändliches Doppelspiel getrieben und sich zu einem Werkzeug und Agenten des Klassengegners hergegeben hat. Die Möglichkeit seiner Entlarvung durch die Hinweise aus unteren Einheiten der Partei zeigt uns, daß die ideologische Klarheit der Mitglieder die beste Waffe zur Entdeckung aller Agenten und Provokateure des Klassenfeindes ist.

Die Karlsruher Parteimitgliedschaft spricht dem Parteivorstand ihr volles Vertrauen und ihre Anerkennung für das kompromißlose Eingreifen bei der Entlarvung des Agenten Müller aus. Sie erklärt ihren festen Willen und ihre Entschlossenheit, alles einzusetzen, um durch erhöhte Wachsamkeit alle ähnlichen Versuche des Gegners zunichte zu machen und durch erhöhte Aktivität der Sache der Arbeiterklasse zum Siege zu verhelfen.

KPD-Kreisvorstand Heidelberg

Die Funktionäre, Genossinnen und Genossen des Kreises Heidelberg haben durch das Referat des Genossen Max Reimann vor dem Parteivorstand von der Verräterrolle Kurt Müllers Kenntnis erhalten.

Wir begrüßen die klare und politisch richtige Art, in der der Parteivorstand den Verräter ausstieß und die Partei über seine Rolle informierte.

Wir sprechen unserem Parteivorstand unter dem Vorsitz des Genossen Max Reimann unser volles Vertrauen aus und werden unter seiner Führung uns um so fester um das Banner der Kommunistischen Partei scharen. Durch eingehendes Studium der Dokumente der Partei werden wir uns das Rüstzeug schaffen, noch klarer und noch zielbewußter den Kampf gegen die Kriegshetzer, für den Frieden, die Einheit Deutschlands und Freundschaft mit allen Völkrn führen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

10000 Mannheimer Katholiken demonstrieren für den Frieden

Mannheim. Wie tief der Friedensgedanke in allen Bevölkerungskreisen wurzelt und wie wenig die Volksmassen in Westdeutschland Lust verspüren, die Schrecken eines neuen Krieges, mit dem sie nichts zu tun haben, zu erdulden, bewiesen vor kurzem 10 000 katholische Männer, die in einem nächtlichen Demonstrationszug, schweigend und ernst dem von Fackelträgern flankierten Aachener Friedenskreuz durch die Straßen Mannheims folgten.

Am Marktplatz machte der Zug Halt und gab durch eine religiöse Hymne der imposanten Friedehsaktion ein würdiges Gepräge. Zuvor hatte in der Heilig-Geist-Kirche Stadtdekan Schmidt die Gläubigen in einer Predigt aufgefordert, künftighin im Sinne ihrer Konfession im heißen Bemühen um den Frieden nicht nachzulassen.

Damit wurde einmal mehr bewiesen, daß auch geistliche Würdenträger, sowie viele ehrliche Katholiken, gewillt sind, die öffentliche Meinung für den Frieden zu entfachen. Wenn die Kirchen und Geistlichen die Sache der Friedenskämpfer zu der ihrigen machen, dann erfüllen sie nicht nur tatsächlich das Gebot der höchsten Liebe und handeln im Sinne des Stifters des Christentums, sondern sie tragen auch dazu bei, wirkliches Christentum, d. h., Kamlfansage gegen die dämonischen Mächte der Kriegshetzer und Massenmörder in Erscheinung treten zu lassen.

Wer aber gewillt ist, sich in die große Front des Friedens einzureihen, der wird sich dem Appell des Stockholmer Weltfriedenskomitees nicht verschließen und das vorbehaltlose Verbot der Atomwaffe als einer Waffe der Aggression und der Massenvernichtung fordern.

Kriegspanik um des Profites willen

Geschürte Kriegshysterie in der Schweiz und ihre Hintergründe

Vor kurzer Zeit erschien im Konstanzer „Südkurier" ein Eigenbericht aus der Schweiz, der die Gemeinheit und Profitsucht internationaler Geschäftemacher und ihrer Schweizer Trabanten in kurzen Worten aufzeigte. Zum Verständnis des Berichtes aus dem „Südkurier" muß vorweg gesagt werden, daß vor einigen Wochen die Schweizer Behörden die Bevölkerung in panikmachenden Aufrufen aufforderten, Vorräte für den Fall eines künftigen Krieges anzulegen. Dazu schreibt nun der „Südkurier":

„Allmählich spricht sich herum (in der Schweiz), daß die Parole, legt Vorräte an, keineswegs nur aus patriotischen Gründen an die Hausfrauen ausgegeben worden ist. Es spielen in großem Umfang geschäftliche Gründe mit."

In dem Bericht wird weiter erzählt, daß die Lager des Staates fast vor Vorräten platzen und auch die Lager des Großhandels nicht mehr aufnehmen können. Wörtlich geht es dann weiter:

„Der Handel kann nur noch dann große Umsätze machen, wenn es gelingt, nun auch noch die einzelnen schweizerischen Haushaltungen zum Vorratskauf zu bewegen. Das soll durch die jetzige Aktion geschehen. Große Mengen Geld werden auf diese Art und Weise im Handel zusätzlich umgesetzt und der Handel kann das brauchen, weil die Hochkonjunktur der Nachkriegsjahre nachließ. Auf den Schweizer Banken liegt Geld in großer Menge unbenutzt, besser, man verwandelt einen Teil davon in Haushaltvorräte ... Die Konjunktur hält dann noch etwas länger an, solange, bis die Frauen ihre Privatlager angelegt haben. Dann ist die Bevorratungsaktion für den ganzen kleinen Staat beendet und man kann getrost abwarten, ob die nächsten zehn Jahre friedlich verlaufen."

Mit zynischer Offenheit werden in diesem Eigenbericht aus der Schweiz die Hintergründe der Kriegshetze aufgezeigt. Die Monopolisten im gelobten Land der Demokratie" profitierten im letzten Krieg durch ihre sogenannte „Neutralitätspolitik", d. h., die schweizerischen Großindustriellen lieferten an Nazi-Deutschland und die Westalliierten ungeheure Summen. Man baute mit diesen neue Industriebetriebe auf und erlebte eine noch nie dagewesene Konjunktur. Nun kam, genau wie in den USA, durch die Beendigung des zweiten Weltkrieges das dicke Ende nach.

Die amerikanischen Imperialisten erfaßten die Situation und versuchten, der unausbleiblichen Wirtschaftskrise durch den Marshallplan, d. h. durch Kapital- und Fertigwarenexport in die verwüsteten westeuropäischen Länder und dem Nahen Osten zuvorzukommen. Sie hofften durch die politische und wirtschaftliche Versklavung dieser Länder, die man auf einen kolonialen Lebensstandard herabdrückte, die Wirtschaftskatastrophe im eigenen Lande auf Kosten Europas hinausschieben zu können. Parallel starten sie eine neue Krieghetze und versuchen, die reaktionären westeuropäischen Regierung zu einem Block der Aggression gegen die Sowjetunion und den Volksdemokratien im sogenannten Atlantikpakt zu sammeln.

Die Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial laufen auf vollen Touren und westeuropäische, und unter ihnen auch deutsche Söldner, sollen für die Interessen der USA-Imperialisten aufs Neue auf den Schlachtfeldern verbluten.

Diese „großen" Vorbilder versuchen nun schon seit Jahren die kleinen Brüder in der Schweiz nachzuahmen. Allerdings geschieht es etwas unauffälliger. Die kleinen Gangster in Zürich und Bern nützten aufs erste die Nachbarschaft Westdeutschlands aus und schmuggelten Lebensmittel und Fertigwaren, die sie auf dem Weltmarkt zu Spottpreisen aufkauften, in das verelendete Westdeutschland ein, um sie dort mit ungeheuren Gewinnen abzusetzen. Die „Vornehmen" dieser Zunft aber machten sich an die durch Demontagen, Steuern und Besatzungskosten ausgepowerte Industrie Westdeutschlands und sicherten sich auf diese Weise ihre Anteile an der amerikanischen Beute.

Da diese Transaktionen aber nicht genügen, muß nun die Schweizer Bevölkerung herhalten. Man benutzt das Kriegsgeschrei und die Hetze gegen die Sowjetunion, um „im demokratischsten Land der Welt" die Bevölkerung in eine Panik zu versetzen, um ihr damit die letzten Rappen für den Ankauf von Vorräten, für den Fall eines Krieges aus der Tasche zu ziehen.

Es sind immer die alten Tricks in neuer Auflage. Die amerikanischen Imperialisten schüren die Kriegspanik, um sich eine Basis für einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion in Europa zu schaffen. Ihre Helfer aber, in der Schweiz usw., versuchen ihre Scheinkonjunktur durch die Ausnutzung dieser Kriegshetze aufrecht zu erhalten.

Für uns als Nachbarn, die wir täglich die Versklavung durch die USA-Imperialisten am eigenen Leibe verspüren, hat diese Kriegspanik, die genau wie bei uns, aus Profitsucht auch in der Schweiz entfacht wird, ihre ganz besondere Bedeutung. Sie mahnt uns, daß wir entschlossen aller Kriegshetze entgegentreten müssen und durch die Erkämpfung der Stockholmer Forderungen gemeinsam mit allen Völkern der Erde den Frieden erzwingen müssen.

Totengräber streckt Wildsau mit der Axt nieder

Ludwigshafen. (lwb) Vorsommerlicher Sonnenschein lag über dem „größten Dorf der Pfalz", als am Sonntag plötzlich aus den Rettichkulturen nahe dem Schifferstadter Friedhof vielstimmig der Schrei ertönte: „D,Sau kummt". Wenige Minuten später raste eine wütend schnaufende Wildsau durch die Umfriedung des Friedhofes und scheuchte die feierlich gekleideten Schifferstadter auf die Friedhofsmauer. Der sofort herbeigerufene Totengräber erschien barfuß, eine Axt schwingend, auf der Wallstatt und ging dem Borstenvieh mutig zu Leibe, während er die Sau, manchmal aber auch die Sau ihn jagte, sammelte sich eine große Menschenmenge auf der Friedhofsmauer.

Mehrere axtschwingende Männer eilten schließlich dem Streitenden zu Hilfe. Die „Jagdgesellschaft" konnte sich ab und zu nur durch Sprünge auf die Friedhofsmauer in letzter Sekunde vor der nun völlig wildgewordenen Sau retten. Ein Kind, das die schützende Mauer nicht schnell genug erklimmen konnte, wurde im Verlauf der Hatz von der Sau angefallen und übel zugerichtet. Schließlich gelang es den Männern, voran der Totengräber, das Borstenvieh nach dreiviertelstündigem Kampf mit den Aexten zu erschlagen.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Grötzingen. Mitgliederversammlung Freitag, 26. 5. 50, 20 Uhr, im Café Muselmann. Referent: Gen. Riedinger.

Berghausen. Mitgliederversammlung Freitag, 26. 5. 50, 20 Uhr, in der „Kanne". Ref.: Gen. Heid.

Bretten. Mitgliederversammlung Freitag, 26. 5. 50, 20 Uhr, im „Hirsch". Referent: Genosse Dr. Mezirek.

Thema bei allen Mitgliederversammlungen: „Wichtiger politischer Lagebericht".

Ettlingen. Samstag, 27. 5., 19.30 Uhr, im „Engel" Mitgliedervollversammlung. Referent: Gen. Dietz.

Veranstaltungen der KPD Bruchsal

Philippsburg. Samstag, 27. 5., 20 Uhr Generalversammlung.

Oberhausen. Samstag, 27. 5., 20 Uhr Generalversammlung.

Funktionär-Konferenz für den Stadtkreis Mannheim

am Freitag, den 26. Mai, 18.30 Uhr, im Kantinensaal der Motorenwerke.

Thema: **„Die politische Lage in Westdeutschland u. die Aufgaben der Kommunisten".**

Referent: **Robert Leibbrand,** 1. Vors. der Landesorganisation Württemberg-Baden.

Alle Funktionäre der Orts- und Betriebsgruppen, sämtliche aktiven Genossinnen und Genossen nehmen an dieser wichtigen Konferenz teil.

Polizei als Erzieherin

Jedermanns Pflicht: Verkehrssdisziplin!

Mannheim. „Liebe Verkehrsteilnehmer! Lassen Sie mich beginnen mit der Verkehrserziehung", so spricht der Verkehrs-Instrukteur der Mannheimer Polizei, der im Lautsprecherwagen an der Straßenkreuzung am Paradeplatz sitzt und von hier aus die Vorgänge auf der Straße mit Argusaugen beobachtet.

„Zunächst einmal die Dame in dem hübschen blauen Kleid mit dem Fahrrad. Jawohl, Sie sind gemeint! Auch Sie müssen absteigen, wenn die Straßenbahn hält. Sie brauchen deswegen nicht rot zu werden und so den Kopf zu verlieren, daß Sie überhaupt nicht mehr fahren können. Es genügt, wenn Sie sich das Gesagte bis zur nächsten Haltestelle und in Zukunft merken."

Die Dame im blauen Kleid ist tatsächlich rot geworden und biegt links in die Planken ein.

„Ei, ei," ertönt da wieder die Stimme im Lautsprecher, „was sehe ich da, ein Mann von der Post, Sie gehen schief über die Straße, mein Guter, warum nicht rechtwinklig? Damit sparen Sie sich unnötige Schritte und sind schneller auf der anderen Seite. Nächste Woche kostet Sie das drei DM."

Der Postmann schmunzelt.

„Aber das schlägt doch dem Faß den Boden aus", meldet sich da wieder das unerbittliche Auge der Verkehrspolizei.

„Sie müssen sich mit Ihrer unsinnig langen Leiter ein Gestell am Fahrrad anbringen lassen, Herr Maler, das ist bald nicht mitanzusehen, der eine kommt mit einem kompletten Möbelstück angeradelt, der andere mit einem halben Wochenendhaus, ich weiß, alle sind Sie Akrobaten und können freihändig fahren, aber wenn Sie einmal links oder rechts abbiegen wollen, was dann? Uebrigens, eine Klingel gehört auch ans Stahlroß, das gilt für Ihren Hintermann, zugegeben, vor der Währung gabs keine und jetzt haben wir kein Geld, aber trotzdem...."

Nach diesen wohlgemeinten Ratschlägen legt der Polizist das Mikrorhon einige Zeit neben sich auf den Polstersitz. Das Gramophon schaltet sich ein mit einem rythmischen Slow-Jazz. Das pulsierende Leben auf der Straße geht weiter, Kraftfahrer, Pedaltreter und Fußgänger richten ihr Augenmerk mit verdoppelter Aufmerksamkeit auf den Verkehr.

„Zu Hause am Familientisch werde ich denen einmal eine gründliche Verkehrsstandpauke halten", nimmt sich Herr Krause vor und auch Frau Müller will ihren Kindern etwas die Verkehrsregeln beibringen.

Wir unsereseits hoffen, daß sich das Publikum nächste Woche so musterhaft verhält, daß die Verkehrsschutzleute möglichst wenig Verkehrssünder schröpfen können.

Als Zeichen des wachsenden Verständnisses der Oeffentlichkeit für den Ernst und die Gefahren des Straßenverkehrs und die Notwendigkeit der Verkehrsdisziplin. -bü-

Diese Jugendlichen wurden zu Einbrechern, weil ...

Mannheim. Kaninchen, Fahrräder, Aktentaschen, Schreibmaschinen, Unterwäsche, Kleider, Schuhe, Schokolade, Zigaretten, Zwetschgenwasser, Armbanduhren, kurz eine Litanei von Gegenständen, mit denen man einen ganzen Laden hätte füllen können, hatten die beiden noch recht jugendlichen Angeklagten im Verlaufe ihrer Diebeszüge erbeutet. Die Zwei machten vor Gericht, trotzdem mancher biedere Bürger sie mit naserümpfender Geste als üble Gewohnheitsverbrecher bezeichnen mag, einen aufgeweckten und intelligenten Eindruck. Daß aus ihnen nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft geworden wären, wenn beide statt zerrütteter Familienverhältnisse und einem unglückseligen Milieu, in dem sie aufwuchsen, die führende Hand einer ordentlichen fortschrittlichen Erziehung zu spüren bekommen hätten, ist ein Gedanke, der sich einem im Verlaufe der Verhandlung unwillkürlich aufdrängte. Als Subjekt und Objekt verderblicher Zeitumstände charakterisierte der medizinische Sachverständige die beiden 19- und 21jährigen.

In der Verhandlung zeigten sich beide Angeklagten geständig. Lediglich in einigen Punkten bestritt der Aeltere das Protokoll der Kriminalpolizei.

In den Plädoyers kam es hierüber zu Kontroversen zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft. Der Verteidiger meinte einlenkend, man dürfe ein Protokoll nicht als Evangelium betrachten, überdies hätte der Angeklagte keinen Grund, ungerechtfertigt etwas zu bestreiten, da dies bei der Fülle der Straftaten den Braten auch nicht heiß mache. Ohne die Kriminalpolizei anzugreifen, sei es bekannt, daß manchmal mit „Tricks" und sonstigen Methoden gearbeitet werde, die bei den Angeklagten nicht immer die günstigste Wirkung hervorrufen könnten.

Die Verteidigung betonte im übrigen, daß man keinesfalls über die Angeklagten blindlings den Stab brechen dürfe, ohne die Schuld der menschlichen Gesellschaft und der Zeitverhältnisse zu berücksichtigen. Der Staat solle jedem Arbeit und Brot geben, meinte der eine der beiden Verteidiger, allerdings glauben wir, daß es sich um einen falschen Zungenschlag handelte, wenn er hierbei ein Wort wie „Arbeitsdienst" einflocht.

Ich bin gewillt, in Zukunft zu arbeiten und bereue meine Tat" äußerte der ältere Angeklagte im Schlußwort. „Seither hat man mich auf dem Arbeitsamt jedoch dauernd abgewiesen, oft in beleidigender Weise."

Das Gericht verurteilte denn Aelteren zu 3 Jahren Gefängins und den Jüngeren zu 2 Jahre 6 Monate Gefängnis. -bü-

Fußball-Toto wird angezapft

Sportverbände gegen Toto-Gesetzentwurf des Ministerrates

Die württembergischen und badischen Sportverbände haben an die Abgeordneten des württembergisch-badischen Landtages ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die beabsichtigte Kürzung der Totogelder für den Sport Stellung genommen wird. Der Ministerrat hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes Nr. 527 über die Sportwette zugeleitet. In § 4 dieses Gesetzentwurfes heißt es: „Die Wetteinsätze werden für jede Wette nach Abzug der Kosten, der Steuer, ferner von Abgaben an die Staatskasse zur Förderung der Leibesübungen, für die Jugendpflege und sonstige kulturelle Zwecke an die Wettenden, die das Ergebnis des Wettbewerbes ganz oder zum Hauptteil richtig vorausgesagt haben, nach Maßgabe der Regelung in den Wettbestimmungen ausgeschüttet. Die Ausschüttung beträgt mindestens fünfzig vom Hundert der Wetteinsätze.

Die Sportverbände weisen darauf hin, daß schon bisher die Erträge aus dem Sporttoto nicht ausschließlich sportlichen Zwecken zugeführt worden seien, sondern daß der allgemeine Jugendsport bisher nur 55 Prozent aus den Ueberschüssen des Totos für seine Arbeit erhalten habe. 45 Prozent seien auf Grund freiwilliger Vereinbarungen sonstigen Zwecken zugeflossen. Die Sportverbände betonen in ihrer Denkschrift, daß sie auch an den Schulsport, den Städte- und Gemeindetag und an die Jugendleiterschule in Ruit Gelder abgeführt hätten. Für diese Institutionen hätte eigentlich der Staat die Mittel bereitstellen müssen.

„Wir haben deshalb dankbar begrüßt", heißt es wörtlich in dem Schreiben, „daß bei der Einrichtung des württembergisch-badischen Sporttotos im Jahre 1848 der verstorbene Herr Finanzminister Dr. Köhler die Bedeutung der Leibesübungen erkannt und sich entschlossen hat, die Ueberschüsse aus dieser Einrichtung wiederum der Förderung des Sports in seiner vielfältigen Form zuzuführen. Wir bedauern deshalb außerordentlich, daß der Ministerrat über den Kopf dieser Sportorganisationen hinweg den Gesetzentwurf beschlossen hat, ohne durch die zuständigen Stellen vorher Veranlassung zu nehmen, sich durch eine Besprechung mit den Sportorganisationen über die Zusammenhänge zu informieren, wobei ohne weiteres hätte festgestellt werden können, daß bisher schon die Sportorganisationen freiwillig und ohne Zwang über den sportlichen Rahmen hinaus auch andere Einrichtungen in den Genuß der Totomittel haben kommen lassen. Wir würden es außerordentlich bedauern, wenn der Landtag zu einem Beschluß kommen würde, der den Interessen der mehr als zweitausend Turn- und Sportvereine in Nordwürttemberg-Nordbaden nicht gerecht wird."

Radsport-Großkämpfe in Mannheim

Der RV 98 Feudenheim beginnt auf seiner neuen Bahn am Samstag mit seinen Wettbewerben bereits um 19 Uhr. Da dort die neue Nationalmannschaft gebildet wird, der ja jetzt durch die Wiederaufnahme Deutschlands in die UCJ erhöhte Bedeutung zukommt, muß bei der Qualität der am Start erscheinenden Fahrer mit einer Auseinandersetzung gerechnet werden, die allen sportlichen Anforderungen gerecht wird. Nicht weniger als über 30 Spitzenfahrer aus allen Teilen Deutschlands werden um den Eintritt in die Nationalmannschaft kämpfen und sich im Fliegen-, Zeit-, Punkte- und Mannschaftsfahren erbitterte und technisch hochstehende Kämpfe liefern. Am Start sind der deutsche Meister Trost, Köln, der deutsche Exmeister Schertle, Stuttgart, die Meisterschaftsanwärter Kaufmann, Westerhold, Merkens, Cremer, Kleinsorg (alle aus Köln) Intra, Holzmann, Frankfurt, Barth Mainz, Klehr Ludwigshafen, Reinwald, Neuser, Dinta Herpersdorf, Spiegel München, Gänsler Ludwigsburg, Thielemann Kaufmann, Mannheim.

Der RRC Endspurt Mannheim beginnt sein internationales Nachtrennen ebenfalls am Pfingst-Samstag, um 22 Uhr auf der Phönix-Radrennbahn. Auch hier ist die Besetzung erstklassig und das 400 Runden-Mannschaftsfahren hat es in sich. Auch der Länderkampf Deutschland — Schweiz wird eine interessante Auseinandersetzung im Flieger-, Zeit- und Verfolgungsfahren bringen. Aus der Schweiz erscheinen wieder der Landesmeister Hardtmeyer, der zur Schweizer Spitze zählende Siegenthaler, sowie die ehrgeizigen Schnurrenberger und Isele, während von deutscher Seite Intra-Holzmann Frankfurt, Gebr. Hühnerbein Neuß, Gebr. Hugger Schwenningen, Hohmann-Rau Ludwigshafen, Dangel-Hinschütz Landau-Mannheim und noch fünf weitere Paare am Start erscheinen.

Internationales Jugendfußballturnier in Pforzheim

In Pforzheim findet das traditionelle Jugendturnier des VfR Pforzheim statt. An dem Turnier nehmen neben den besten deutschenJugendmannschaften auch eine Reihe von ausländischen Manschaften teil. Um den Turniersieg spielen: Grazer Sportvereinigung, Assoziaciore Calcio Bellinzona, Arminia Hannover, Germania Brötzingen, SV Waldh. Mannheim, Hamborn 07, VfB Ruhrort, VfB Stuttgart, Eintracht Frankfurt, FSV Frankfurt, Tennis Borussia Berlin und Werder Bremen.

Mit *barem Geld* können Sie heute alles anfangen!

Ab Pfingsttoto beim **Württ.-Bad.** Toto **zusätzlich** durch Verlosung:

60 Geldprämien zu je .... 250.- DM
und 2 Eigenheime zu je .. 12 500.- DM

Jetzt wieder 10er Tip!

In dieser Saison über die Hauptstelle Mannheim ausbezahlte Gewinne: 3½ Millionen DM

Diese Woche fielen nach Mannheim: 1 Eigenheim, 2 zusätzliche Prämien à 500.— DM

Pfingst-Angebot!

Weiß- und Rotwein .... 1 ltr.-Fl. o. Gl. DM 1.60
Deutscher Wermutwein ..... 1/1 Fl. o. Gl. DM 1.55
Erfrischungsbonbons, wie: Eisbonbon, Himbeeren, Drops .... 100 gr. DM -.27
Kokosflocken, bunt .... 100 gr. DM -.36
Kremehütchen .... 100 gr. DM -.43
Tafelschokolade Vollmilch und halbbitter ... 100 gr.-Tafel ab DM -.80
Vanillinzucker .... 4 Beutel DM -.18
Gemischte Marmelade .... 500 gr. DM -.58
Grünkern, gemahlen ...... 500 gr. ab DM -.40
Süße Mandeln, Haselnußkerne Sultaninen, Korinthen
Holl. Palmfett 100% ..... 500 gr-Tafel DM 1.09
Amerik. Schweineschmalz garantiert rein, . 500 gr DM 1.30
Frische Markenbutter .... 250 gr. DM 1.35
Dörrfleisch o. Rippen 500 gr. DM 2.—
Ia, Hausmacher Leberwurst .... 100 gr. DM -.47
Schweizerkäse . 45% Fett i. T. 100 gr. DM -.45
Fettheringe i. Tomatensoße . . Dose 200 gr. Inhalt DM -.60
Delikateß-Bratheringe nach Hausfrauenart .... Rund-Dose DM -.78

Schreiber GEGR. 1850

Auswahl, Preiswürdigkeit, fachmännische Bedienung — Die gute Fertigkleidung — im Spezialhaus für Herren- u. Knabenkleidung

Schumacher + Rebholz
MANNHEIM · N 3, 12
Kunststrasse Kunststrasse

Unser **Pfingstangebot**

Dörrfleisch 500 gr. 2.-
fetter Speck 500 gr. 1.70
Hartwurst 100 gr. -.50
weißer u. roter Magen 100 gr. -.30
Leberwurst Dose 450 gr Inhalt -.78

Lenssing H 5, 1

Adler-Dürrkopp Anker-Gritzner
Spezialfahrräder ab DM 90.-
5 DM Wochenrate
Pfaffenhuber
H 1, 14 Marktplatz

Drucksachen
liefert rasch und preiswert
Rhein-Druck GmbH. **Mannheim**
S 3, 10

„**Hicoton**" altbewährt gegen
Bettnässen
Preis DM 2.65. Zu hab. in all. Apoth